Nr. 171 / Einzelpreis 10 Pfennig — Heute Sportbeilage. — Halle (Saale), den 26. Juli 1926

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen: Illustr. Beilagen, „Kinderfreund" sowie „Volk u. Zeit". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44. Hofgebäude zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4067 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. v. Postboten zugestellt 2,40 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4606. — Zweigstelle Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Leipzig

Der Parasit am Körper der deutschen Arbeiterbewegung

Der neueste Minderwertigkeitsbeweis der KPD.

Cave canem!

÷ Halle (Saale), 26. Juli.

Die beiden Kommunistenblätter „Rote Fahne" und „Der Knüppel" hatten kürzlich ein Gedicht unter der Ueberschrift veröffentlicht: „Hüte dich vor dem Hunde!" In diesem Gedicht war Hindenburg „Hund der Monarchen" genannt worden, der seine Leine, die Reichsverfassung, zerbissen habe. Da sei, wie es weiter hieß, „eine lange Leine aus bestem Gummi, die noch keine Hundetöle geniert habe."

Wie den Lesern des „Volksblatt" bekannt, ersuchte der Reichsinnenminister den preußischen Innenminister, den „Knüppel" auf drei Monate und die „Rote Fahne" wegen Nachdrucks auf zwei Monate zu verbieten. Der preußische Innenminister lehnte das Verbot klar und eindeutig ab, da nach seiner Ueberzeugung eine Herabwürdigung der republikanischen Staatsform im Sinne des Republikschutzgesetzes nicht vorliege. Dem Reichspräsidenten wurde anheimgegeben, von sich aus Strafantrag gegen die geschmacklose persönliche Beleidigung zu stellen. Diesen Bescheid des preußischen Innenministers ließ sich jedoch der Reichsinnenminister nicht gefallen, und er rief den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zur Entscheidung an. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik entsprach dem Wunsche des Reichsinnenministers und entschied gegen den preußischen Innenminister, der nunmehr gezwungen war, die verlangten Verbote auszusprechen.

Die Lage ist also eindeutig für jedermann, der seine fünf Sinne beisammen hat. Ebenso eindeutig ist aber auch die Stellung der Kommunisten zu diesem Vorfall. Mit der ganz sinnlosen Wut des von der Entwickelung Ueberholten stürzen sie sich in ihrer Presse auf den preußischen Innenminister, obwohl dieser sich ausdrücklich und soweit seine Macht reichte, gegen das Verbot der beiden genannten Druckschriften gewehrt hatte. Dem preußischen Innenminister wird Arm-in-Arm-Gehen mit den deutschnationalen Staatsfunktionären vorgeworfen und Severing, der sich gegen das nach seinem Gefühl unzulässige Verbot bis an die Grenze seiner Zuständigkeit gesträubt hat, muß sich gefallen lassen, in der schäbigsten Weise verdächtigt und mit dem württembergischen deutschnationalen Staatspräsidenten Bazille auf eine Stufe gestellt zu werden. Der preußische Innenminister wird als willfähriges Werkzeug des kapitalistischen Systems zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung denunziert. Derselbe Severing, der von den Kommunisten im Preußischen Landtage bereits zweimal vor dem Sturz durch ein deutschnational-volksparteiliches Mißtrauensvotum geschützt worden ist. Was ist das für eine Kommunistische Partei, die „willfährige Werkzeuge des kapitalistischen Systems zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung" stützt? Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß die kommunistische Bewegung der Reaktion Handlangerdienste leistet. Aber wir haben bisher immer die Frage offengelassen, ob sie das bewußt tut. Die kommunistische Presse jedoch ist der Meinung, daß die KPD. ein bewußtes Instrument der Reaktion ist. Denn nur so ist ihre Politik im Preußischen Landtage gegenüber einem Minister zu verstehen, den sie gegen die Deutschnationalen stützt, obwohl sie ihn öffentlich als „willfähriges Werkzeug des kapitalistischen Systems zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung" denunziert. Auch dieser Einzelfall beweist, daß das alte leninistische Rezept, das zur Lüge und Hinterlist und zum Verschweigen der Wahrheit auffordert, noch heute der Leitstern der kommunistischen Politik im allgemeinen, wie im besonderen zur Zerstörung der Arbeiterbewegung ist.

Man hört in Zeiten der Wirtschaftskrise, wo die Gemüter von Natur aus erhitzt sind, von Zeit zu Zeit auch vereinzelte sozialdemokratische Stimmen, die der Auffassung Ausdruck geben, daß es möglich sei, der verwerflichen kommunistischen Politik schneller als bisher das Wasser abzugraben, indem man sich der kommunistischen Politik nähere. Diesen Gedanken vertreten, setzt voraus, sich mit dem Begriff der kommunistischen Politik auseinanderzusetzen. Wir haben das in unzähligen Fällen bereits getan und dürfen uns darum heute begnügen, auf den oben geschilderten Fall der politischen Kunst der Moskowiter hinzuweisen. Ganz abgesehen davon, daß die Kommunistische Partei, dieses Geschwür am Körper der deutschen Arbeiterbewegung, abgebunden werden muß, da es aus der Berührung mit dem politisch gesunden Teil des deutschen Proletariats nur neue Nahrung für sein Schmarotzerdasein zieht, muß man schon Geschmack an niedrigsten Ausdruck gossenhafter politischer Demagogie gefunden haben, um eine Zuchfühlung mit jener Gesellschaft zu wünschen. Die Sozialdemokratische Partei als solche denkt jedenfalls trotz gelegentlicher kommunistischer von Moskau befohlener Anbiederungen und taktischer Manöver nicht daran, auf den kommunistischen Leim zu kriechen. Sie hat sich 1918/19 gegen Moskau mit Erfolg gewehrt und den Rest der Erfahrungen 1920 auf dem Halleschen Parteitag in ausgiebiger Weise geholt, um heute nicht in all ihren denkenden Gliedern zu wissen, daß die KPD. nur in der Isolierung stirbt, und daß der Körper der sozialistischen Arbeiterbewegung sich nicht mit der kommunistischen Schmarotzerpflanze, sondern nur nach Vernichtung dieses Parasiten voll entfalten kann.

*

Maßregelung Sinowjews.

Moskau, 26. Juli. (WTB.)

Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion beschloß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, **Sinowjew von seinem Posten als Mitglied des Politischen Bureaus des Zentralkomitees abzuberufen** und Laschewitsch aus der Zahl der Kandidaten des Zentralkomitees auszuscheiden. **Beide werden beschuldigt, Führer der Opposition in ihrer parteizersplitternden Tätigkeit gewesen zu sein.**

Eine eigene Berliner Meldung gibt folgende Darstellung:

Wie aus Moskau gemeldet, hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beschlossen, Sinowjew aus dem Politischen Bureau der Partei zu entfernen und an seine Stelle den Volkskommissar für Verkehrswesen, Rudsutak, zu wählen. **Gleichzeitig soll Sinowjew aus der Komintern ausgeschlossen werden.** Wegen oppositioneller Haltung wurde ebenso Laschewitsch aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und von seinem Posten **als stellvertretender Vorsitzender des revolutionären Rates abberufen. Sinowjew wurde vorgeworfen, seine Opposition in letzter Zeit so weit getrieben zu haben, daß er besondere illegale Truppen bildete und geheime Sondersitzungen abhielt.**

Ein Notbehelf.

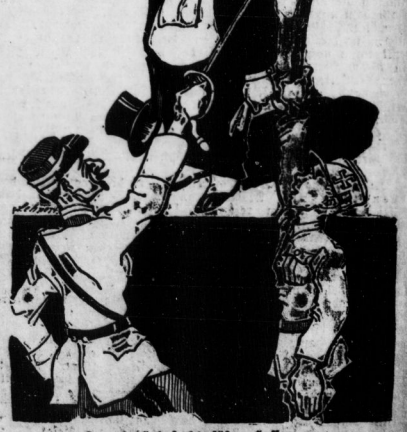
Das Ergebnis der Arbeitskonferenz.

Die Verhandlungen der großen Arbeitsbeschaffungskonferenz im Reichsarbeitsministerium, an der Reich und Länder sowie Vertreter des Reichsstädtetages und des Beirats der Reichsarbeitsverwaltung teilnahmen, sind am Sonnabend abgeschlossen worden. Das Ergebnis der Verhandlungen liegt, wie aus der amtlichen Verlautbarung hervorgeht, in einer genaueren Durcharbeitung des eigentlichen Notstandsarbeitsprogramms. Die Arbeiten der Reichsbahn, das Auftragsprogramm der Reichspost, die Kanalbauten usw. sollen in der kommenden Woche in besonderen Beratungen erörtert werden.

Die Prüfung der Notstandsarbeitsmöglichkeiten, um die es sich bei den Beratungen in erster Linie handelte, mußte schon deshalb einmal im größeren Rahmen gemeinsam vorgenommen werden, weil erfahrungsgemäß bei diesen Fragen sich immer Kompetenzstreitigkeiten einstellen. Auch diesmal schien es so, als ob diese alten Streitigkeiten sich wieder geltend machen und dadurch den Beschluß des Reichstages auf Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms lahmlegen würden.

Der Umfang des Arbeitsbeschaffungsprogramms ist trotz der fast dreitägigen Erörterung der gleiche geblieben. Es handelte sich bei den Beratungen nicht um eine Erweiterung, sondern um eine Vertiefung des Programms, um eine genauere Prüfung der Notstandsarbeiten. Hierfür stehen im Augenblick etwas über 200 Millionen zur Verfügung. 100 Millionen sind bereits nahezu aufgebraucht. Neue 100 Millionen werden vom Reich gegeben, und dazu kommen noch ebensoviel von den Ländern. Es bleibt also im ganzen bei der Schätzung, daß durch die in Aussicht genommenen produktiven Arbeiten für etwa 200 000 bis 300 000 Arbeitslose zusätzliche Arbeit geschaffen wird. Das Ziel der Regierung besteht allem Anschein nach lediglich darin, die Fluktuation unter den Arbeitslosen so viel wie möglich aufrechtzuerhalten. Dieses Ziel kann sie mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm erreichen, mehr aber nicht.

Das einstweilen vorliegende Ergebnis der Konferenz macht nach den etwas starken Worten des Reichsarbeitsministers im Reichstag und des Reichswirtschaftsministers auf der Bundestagung der Freien Gewerkschaften in Düsseldorf sicher keinen überwältigenden Eindruck. Wer sich durch die ersten Ankündigungen der Reichsregierung über ihre Pläne zur Arbeitsbeschaffung Illusionen machte, der wird enttäuscht sein. Aber es gab sicherlich nur sehr wenig Arbeiter, die sich in der Notstandsarbeitenfrage übertriebenen Hoffnungen hingaben, und deshalb sind auch die Mahnungen bürgerlicher Blätter, die Reichsregierung möge sich bei ihrer Anleiheaktion nicht übernehmen und allzu viel Kapital für Finanzierung von Notstandsarbeiten der Privatwirtschaft entziehen, die Zinsverbilligung aufhalten usw., reichlich überflüssig. Der Reichsfinanz-



O zarte Sehnsucht, süßes Hoffen,
Kehrt rück die Ruhrbesetzungszeit?
Das Auge sieht den Himmel offen,
Es schweigt das Herz in neuem Streit:
O möge er zu Nutz und Frommen
Der völk'schen Sache wiederkommen!

Eine Mahnung Hörsings.

Die sehr unerfreulichen Reibereien in der sächsischen Arbeiterbewegung drohen neuerdings auch auf das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold überzugreifen.

Der Bundespräsident des Reichsbanners, Hörsing, hat sich deshalb veranlaßt gesehen, eine dringende Mahnung an die sächsischen Mitglieder des Reichsbanners zu richten und sich gegen einen Ausschluß des sächsischen Ministerpräsidenten Held und des Innenministers Müller, die „durchaus auf dem Boden der Republik im Sinne der Weimarer Verfassung stehen", zu wenden.

Reichskonferenz des Reichsbanners.

Magdeburg, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Am Sonntag fand in Magdeburg eine Reichskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Außer dem gesamten Bundesvorstand nahmen Vertreter der 32 Gaue sowie Beauftragte der Parteivorstände des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teil. Gegenstand der Beratungen war neben inneren organisatorischen Fragen das Ausmaß der Bewaffnung der verfassungsfeindlichen Verbände. Nach ausgiebiger Aussprache stellte der Vorsitzende als die Meinung der Konferenz fest:

1. Der Bundesvorstand wird beauftragt, die Reichsregierung um nochmalige Prüfung der Frage zu bitten, ob die geltenden Bestimmungen über Waffen und Waffenbesitz genügen, um den inneren Frieden zu sichern.

2. Eine Bewaffnung des Reichsbanners wird als satzungswidrig nach wie vor abgelehnt.

3. Kameraden, die Kleinkaliberschießsport betreiben, haben darauf zu achten, daß das im Rahmen der gesetzlichen und politischen Vorschriften geschieht, und die Richtlinien der obersten Sportbehörde genau innegehalten werden.

Republikanische Kundgebung.

Die Stadt Schwelm an der westfälisch-rheinischen Grenze erlebte am Sonntag eine große schwarzrotgoldene Kundgebung. Der Feier ging am Sonnabend ein Festkommers voraus, auf dem Landrat Dr. Acker die zahlreich erschienenen Republikaner begrüßte. Am Sonntag fand auf öffentlichem Platze unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung die Fahnenweihe der Ortsgruppe Schwelm des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Ein stattlicher Festzug durch die Straßen der Stadt begab sich anschließend zur Wilhelmshöhe. Hier begrüßte Stadtrat Schöneweiß die riesige Festversammlung. Die Festrede hielt der demokratische Reichstagsabgeordnete Ziegler.

Das Bureau des Reichsarbeitsministers teilt uns mit, daß Dr. Brauns den Reichskanzler nicht vertritt, sondern sich ebenfalls in Urlaub befindet. An der Tatsache, daß der gegenwärtige Reichsarbeitsminister der treibende Keil der zweideutigen Reichspolitik ist, ändert sich damit nichts.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0001

minister hat übrigens bei den Beratungen der Arbeitsbeschaffungskonferenz deutlich zu verstehen gegeben, daß er im Wege der Anleihe nur so viel Kapital für Notstandarbeiten beschaffen wolle, als unbedingt notwendig sei.

Das vorliegende Arbeitsbeschaffungsprogramm ist und bleibt einstweilen nur ein Notbehelf. Für den Sommer und den Herbst mag es notdürftig reichen. Was aber dann? Ueber die Hilfe für den Augenblick hinaus muß frühzeitig die Arbeitsbeschaffung auf weite Sicht in die Wege geleitet werden. Dem ersten Schritt muß der zweite folgen. Hoffnungen auf eine baldige Revision der verkehrten Wirtschaftspolitik, eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise, die ja nicht wie ein Verhängnis über uns hereingebrochen ist, haben, wie die politischen Kräfte im Augenblick nun einmal verteilt sind, wenig praktischen Wert. Richtig, tausendmal richtig ist es, daß man mit einer vernünftigen Handels- und Zollpolitik Absatz im Außenhandel und damit die Beschäftigung von Hunderttausenden Arbeitslosen schaffen könnte. Wir haben aber nicht den Glauben, daß die unverbesserlichen Hochschutzzöllner bei der Mehrheit der bürgerlichen Parteien sich von heute auf morgen bekehren lassen. So kann eben, praktisch genommen, für die nächsten Jahre nur durch großzügige Notstandsarbeiten im weiteren Sinne Hilfe geschaffen werden. Ungewöhnliche Anstrengungen sind natürlich erforderlich, wenn man in der Wirtschaftspolitik vom richtigen Wege abgeirrt ist und nun sozusagen querfeldein über Stock und Stein und tausend Hindernisse hinweg den Weg ins Freie suchen muß. Wo der Karren verfahren ist, können wir nur durch außerordentliche Kraftanstrengungen aus dem Gedränge der Massenarbeitslosigkeit herauskommen. Es bleibt uns einfach zunächst nichts anderes übrig als Schaffung von Käufern auf dem inneren Markte, als Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter und Bauern, d. h. Notstandsarbeiten und Siedlungspolitik.

Wird die Reichsregierung das von ihr geforderte Bravourstück, mit Hilfe großzügiger Notstands- und Siedlungsarbeiten sich eine Bresche durch die wirtschafts- und arbeitspolitische Sackgasse zu brechen, fertigbringen? Die gegenwärtige Reichsregierung kaum. Ihre Ministerialkommission ist nichts anderes als ein Bureaukratenausschuß, der sich aus Vertretern der in Betracht kommenden Ministerien (Arbeit, Wirtschaft, Verkehr, Post, Ernährung und Finanz) zusammensetzt und zu dem sich nun noch zwei ständige Ländervertreter, einer von Preußen, einer von Bayern, hinzugesellen. Aus dem Sumpf auf dem Arbeitsmarkt führen aber nur Leute heraus, die sich nicht scheuen, Wasserstiefel anzuziehen und zuzupacken. Das Arbeitsbeschaffungsproblem ist kein Rechenexempel, das Null für Null aufgeht. Wer es durch tausend Kompromisse nach allen Seiten lösen will, der wird aus dem Problem ein unlösbares Knäuel machen. Der gordische Knoten kann nicht aufgelöst, er kann nur durchhauen werden.

Auch eine Volksabstimmung.

Paris, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Wie aus Madrid gemeldet wird, soll das spanische Direktorium die Absicht haben, den dritten Jahrestag seines Bestehens durch eine Volksabstimmung zu begehen. **Es soll eine öffentliche Abstimmung für oder gegen die Diktatur stattfinden.** Hierzu sollen Regierungskommissare ernannt werden, **vor denen die Wähler die Frage, ob sie für oder gegen die Diktatur sind, beantworten sollen.** (!) (Das wird eine nette „Volksabstimmung" geben. D. Red.)

Der Oberste Kriegsrat Spaniens hat beschlossen mehrere der unter der Anklage des Komplotts gegen den Diktator verhafteten Persönlichkeiten, darunter General Weyler, vorläufig in Freiheit zu setzen.

30. Deutscher Krankenkassentag.

Köln, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Am Sonntagvormittag wurde in Düsseldorf der 30. Deutsche Krankenkassentag eröffnet. Die Tagung war aus ganz Deutschland sehr stark beschickt. Auch eine Reihe behördlicher Vertreter wohnte der Eröffnung bei. Für die Tagung sind eine Reihe interessanter Vorträge vorgesehen. Am Sonntag sprach zunächst der Leiter der für die Krankenversicherung zuständigen Abteilung des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Grieser (Berlin), über die internationale Sozialversicherung. Die bedeutsamen Ausführungen des Referenten fanden starken Beifall. Für Montag sind weitere Referate vorgesehen.

Aufsehenerregende Enthüllungen zum Magdeburger Mordfall.

Der Mörder deschtigt das tschechische Konsulat.

Berlin, 26. Juli. (Privattelegramm.)

Wie die Blätter melden, erhebt der Verteidiger des noch immer in Haft befindlichen Rudolf Haas schwere Beschuldigungen gegen den Magdeburger Kriminalkommissar ten Holt. Der Verteidiger hat nämlich folgendes festgestellt: Vor einigen Tagen hatte Schröder bei einer Vernehmung erklärt, an den Mordplänen gegen Helling seien auch in Magdeburg wohnende Tschechen beteiligt gewesen. Der Untersuchungsrichter Kölling setzte daraufhin die protokollarische Festlegung dieser Aussage auf den 17. Juli an. Am 16. Juli abends rief Kommissar ten Holt den Magdeburger tschechischen Honorarkonsul Adam und bat, ihm, ten Holt, und einem anderen Herrn die Konsulatsräume zu zeigen. Nachdem der Honorarkonsul der Bitte stattgegeben hatte, erschien ten Holt und Schröder im tschechischen Konsulat und besahen sich eingehend die Räume. Am Schluß des Besuches soll ten Holt dem Honorarkonsul Adam das Ehrenwort abgenommen haben, dem Vizekonsul Janda von dem Besuche nichts zu sagen. Am Vormittag des 17. Juli gab Schröder vor dem Untersuchungsrichter eine genaue Beschreibung der Konsulatsräume, und auf Grund dieser genauen Beschreibung ordnete Untersuchungsrichter Kölling die Vernehmung des tschechischen Vizekonsuls Janda an. Erst bei dieser Vernehmung erfuhr Janda, daß Schröder sich in den Konsulatsräumen aufgehalten hatte. Die Blätter geben der Bestürzung Ausdruck, daß diese Angelegenheit noch diplomatische Schwierigkeiten zur Folge haben werde, da der Vizekonsul einen eingehenden Bericht nach Prag geschickt hat.

Haas vor der Entlassung.

In der Magdeburger Mordaffäre wurde am Sonnabend eine Reihe weiterer Momente verzeichnet, die für die Unschuld des in Haft befindlichen Direktors Haas sprechen. In unterrichteten Kreisen wird deshalb die Haftentlassung von Haas bald erwartet.

Bell über seine Aufgaben.

Richter und Staat. / Die beabsichtigte Strafrechtsreform.

Die leidenschaftlichen Erörterungen, die in den Parlamenten und in der breiten Oeffentlichkeit über die Handhabung der Strafjustiz insbesondere der politischen Prozesse stattgefunden haben, bilden, wie der neue Reichsjustizminister Dr. Bell am Sonnabend vor der Presse ausführte, für die Reichsjustizverwaltung einen Gegenstand gespannter Aufmerksamkeit und ernster Sorge. Die immer wieder vorgebrachten Klagen, daß die deutschen Richter in politischen Prozessen nicht mit gleichem Maße messen, hält der Justizminister in ihrer Verallgemeinerung für unbegründet. Freilich kämen richterliche Fehlurteile vor, und das Recht zur Kritik solcher Fehlurteile werde er als Minister auch weiterhin ausüben. Der Richter, der berufen sei, das Recht des Staates in aller Oeffentlichkeit zu handhaben, sei selbstverständlich vor anderen verpflichtet, den Staat, dessen Recht er spricht, anzuerkennen, wie er ist. Mit dieser Verpflichtung des Richters zu verfassungstreuer Amtsführung sei andererseits ebenso selbstverständlich ein Gewissenszwang nicht verbunden. An der richterlichen Unabhängigkeit dürfe nicht gerüttelt werden. Er betrachte es als seine besondere Aufgabe, an der Lösung der Vertrauenskrise, in der die deutsche Richterschaft im Augenblick stehe, nach besten Kräften mitzuarbeiten und dafür zu sorgen, daß dem Staat gegeben wird, was des Staates ist, und dem Richter nicht genommen wird, was des Richters ist.

Ueber die Strafrechtsreform erklärt der Minister, daß ihre Durchführung in vollem Gange ist. Der Entwurf liege dem Reichsrat vor; die Beratungen der beteiligten Reichsratsausschüsse würden im Oktober beginnen. Im Rahmen der Reform werde auch die Verbesserung des Ehrenschutzes in Angriff genommen werden. Mit der Reform des materiellen Strafrechts sei die Revision des Strafprozeßrechts verbunden. Von Bedeutung sei die Neuregelung der Untersuchungshaft, vor allem die Einführung einer mündlichen Verhandlung über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung des Haftbefehls. Im Strafvollzugsgesetz müsse der Besserungsgedanke herausgearbeitet werden; dem diene in erster Linie die gesetzliche Festlegung des Stufenstrafvollzuges.

Der Minister teilte dann noch verschiedene der wichtigsten Gesetzentwürfe mit, die zurzeit das Ministerium beschäftigen, so den Entwurf über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder, das Gesetz über den Vergleich zur Abwendung des Konkurses, das wichtige Auslieferungsgesetz usw. Außer einer Verordnung, welche die Durchführung der Aufwertung von Obligationen öffentlich-rechtlicher Körperschaften als Unternehmer wirtschaftlicher Betriebe regeln will, steht, wie der Minister betont, im wesentlichen nur noch die abschließende Regelung der Durchführung der Pfandbriefaufwertung aus. Die entsprechende Verordnung, die die Ausgabe von Goldpfandbriefen im Rahmen der Pfandbriefaufwertung sowie die Mobilisierung von Aufwertungshypotheken durch die Aushändigung von Goldpfandbriefen sicherstellen soll, wird in Kürze erlassen werden.

Bayern Nr. 2.

Württembergische Polizei bildet rechtsradikale Kleinkaliberschützen aus.

In den Wettkämpfen zwischen den einzelnen reaktionären Tummelplätzen Deutschlands darf Württemberg natürlich nicht fehlen. Es marschiert dank seiner reaktionären Politik heute gleich hinter Bayern und muß mit ihm und ohne es von Zeit zu Zeit lächerlich.

Auch der Kleinkaliberunfug fehlt in Württemberg nicht. Erst kürzlich verwies die sozialdemokratische Presse im Lande des Herrn Bazille darauf, daß in der früheren Polizeischule in Böblingen Angehörige der Rechtsverbände von aktiven Polizeioffizieren im Scharfschießen unterrichtet werden. Eine Antwort wurde nicht erteilt. Die „Schwäbische Tagwacht" hat sich deshalb veranlaßt gesehen, eine weitere Anfrage wegen der staatlichen Förderung des Kleinkaliberunfugs an den Minister des Innern zu richten. Das Blatt schreibt:

„In und um Stuttgart knallen an allen Ecken und Enden die Büchsen der Kleinkalibrigen. Ist dem Herrn Minister des Innern bekannt, daß auf der Schießbahn Dornhalde (Stuttgart), die je hälftig von der Reichswehr und der Polizeiwehr benützt wird, **auf den Schießständen der Polizeiwehr uniformierte Angehörige von Rechtsverbänden unter der Leitung und Aufsicht von uniformierten Beamten der Schutzpolizei im Schießen ausgebildet werden?"**

Von anderer Seite erfahren wir zu diesen Einzelheiten noch, daß die gleichen Schießereien in kurzen Zeitabständen auch in der Gegend von Münsingen und Schwäbisch-Hall stattfinden. Die öffentliche Ordnung, zu deren Schutz sich das Regime Bazille besonders berufen fühlt, wenn die Rechtsparteien davon einen Vorteil, aber die Linksfreise einen Nachteil haben, ist durch diese Schießereien in Württemberg ebenso gefährdet, wie das in anderen Bundesteilen durch die entsprechenden rechtsradikalen Verbände der Fall ist. Das kümmert die württembergische Regierung natürlich nicht. Wachsamkeit kennt sie grundsätzlich nur, wenn es gegen links geht!

Die Proletarisierung wächst.

Dem Preußischen Landtage ist vom Finanzminister eine Nachweisung zugegangen, in welcher Weise das staatliche Leihamt in Berlin im Oktober 1925 benutzt worden ist. Danach gehörten zu den Personen, mit denen die ersten 2000 Pfandgeschäfte im Oktober 1925 abgeschlossen wurden,

an Fabrik- und Bauarbeitern, landwirtschaftlichen Arbeitern, Kutschern, Hausdienern u. dgl.	5,4	Proz.
an Handwerkern, Gesellen, Lehrlingen, Kellnern	14,5	„
an Hausangestellten, Dienern, Krankenpflegern	4,2	„
an kaufmännischen und Bureauangestellten, Handlungsgehilfen, Ingenieuren, Technikern usw.	21,5	„
an Beamten, Lehrern, Angehörigen der Reichswehr und der Schutzpolizei	10,8	„
an selbständigen Gewerbetreibenden und Händlern, selbständigen Kaufleuten und Handwerkern, Landwirten usw.	8,5	„
an Musikern, Artisten, Schauspielern und anderen künstlerischen oder freien Berufen	2,9	„
an Aerzten, Zahnärzten, Apothekern, Rechtsanwälten und anderen wissenschaftlichen Berufen	2,9	„
an männlichen Rentnern und Personen ohne Beruf	0,5	„
an weiblichen Rentnern und Personen ohne Beruf	20,8	„
an Personen ohne berufliche Feststellung	9,1	„

Daß die Zahl der Arbeiter nicht den höchsten Prozentsatz darstellt, ist verständlich, da der Arbeiter meistens nichts zu versetzen hat. Was er besitzt, ist in der Regel nur das Allernötigste zum Leben, und das hat er kaum. Daß aber die Zahl der Angestellten der Lehrer, der Beamten, der kleinen Handwerker so hoch ist zeigt, wie die Proletarisierung zunimmt.

Der Polizeipräsident von Altona, Kirchner, ist durch den sozialdemokratischen preußischen Innenminister Severing unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Dieser Entscheidung des Innenministers liegen dienstliche Verfehlungen des bisherigen, der Sozialdemokratie angehörenden Polizeipräsidenten nicht zugrunde.

Das Blumenland bei Haarlem.

Weit über Hollands Grenzen hinaus reicht der Ruf der Haarlemer Tulpe, die in einer feenhaften Vielfältigkeit der Farben von tiefschwarz bis zu den hellsten Tönen am Westrande des sogenannten Haarlemer Meeres kultiviert wird. Wenn über gepflegte Straßen zwischen freundlich ins Grün gebetteten Dörfern hindurch die Autos die nur 18 Kilometer lange Strecke zwischen Amsterdam und dem 80 000 Einwohner zählenden Haarlem durcheilen, wenn hier elektrische Schnellbahnen und Dampfstraßenbahnen nach allen Richtungen das Gelände durchkreuzen, dann denkt kaum noch jemand daran, daß hier bis zum Jahre 1840 ein 18 000 Hektar großer Binnensee gelegen hat, ein Glied jener Seenkette, die immer wieder das Landschaftsbild der Provinz Nordholland unterbricht und diesem saftgrünen Flachlande zwischen dem hohen Dünenwall der Nordsee und den hohen Schutzdeichen der Zuidersee sein eigentümlich malerisches Gepräge gibt. In einer Notzeit des europäischen Wirtschaftslebens, in den Jahren 1840 bis 1853, hat Menschenfleiß diesen See trockengelegt und hier eine der schönsten Landschaften Nordhollands erstehen lassen.

Die Geschichte von Haarlem reicht bis in die fernen Tage der Kreuzzüge zurück. Als sich dann im 16. Jahrhundert in dem achtzigjährigen großen religiös-nationalen Freiheitskampf der Niederlande gegen Spanien die erste erfolgreiche bürgerliche Revolution Europas vollzog, war auch das damals mehr als heute demokratische Bürgertum von Haarlem an diesem Kampfe hervorragend beteiligt. Die alte, damals durch das Haarlemer Meer ausgezeichnet geschützte Feste hatte von Dezember 1572 bis Juli 1573 eine Belagerung durch spanische Truppen zu bestehen, die die tapfere Stadt aushungerten und nach der Eroberung in fürchterlicher Weise plünderten und Männer, Frauen und Kinder schonungslos hinmordeten. Seit jener Zeit sind hier die Zwiebelgewächse zu Hause. Aber seine heutige Bedeutung als Faktor der holländischen Volkswirtschaft erlangte dieses Blumenland erst im 19. Jahrhundert. Da nahm die Nachfrage nach Blumen rapide zu, da machten Eisenbahnen und Dampfschiffe die Zwiebelausfuhr in großem Maßstabe möglich, da begannen die Haarlemer Blumenzwiebeln über die Meere nach Amerika und selbst dem fernen Ostasien und mit der Bahn durch ganz Europa zu wandern. Der hinter uns liegende Weltkrieg hat auch auf dieses schöne Blumenland seine tiefen Schatten geworfen. Fast ein Jahrzehnt lang war jede Ausfuhr nach Mitteleuropa unmöglich, so daß das Zwiebelgewächse merklich an Ausdehnung zurückging. Existenzen wurden auch hier vernichtet, die früher ein gutes Auskommen gehabt hatten. Als dann nach der Stabilisierung der deutschen Valuta der Handel nach Mitteleuropa langsam wieder einsetzte, gingen die Vereinigten Staaten, die seit vielen Jahren der eifrigste und zahlungsfähigste Käufer gewesen waren, dazu über, die Einfuhr der Zwiebelgewächse aus schutzzöllnerischen Erwägungen zu erschweren. So ist das historische Blumenland heute wirtschaftlich überaus gefährdet, denn bei den unoeheuren Blumenmengen, die unter diesen Verhältnissen auf die Märkte der nächstliegenden holländischen Großstädte geworfen werden müssen, sind natürlich die Blumenpreise zu niedrig, um die Kultur auf die Dauer lohnend zu gestalten.

Das eigentliche Blumenfeld beginnt südlich von Haarlem bei dem Dörfchen Lisse. Viele Meilen weit erstrecken sich hier die Blumenfelder in einer während der Hauptblumenmonate des Frühlings fast tropisch anmutenden Farbenpracht. Das Grün der holländischen Landschaft scheint verschwunden, sobald man in Lisse den Zug verläßt. Blau, rot, gelb, weiß, violett und selbst schwarz wogt es ringsumher — ein einzigartiger Anblick, der noch alljährlich im Frühling Sonntag für Sonntag viele Tausende von Besuchern aus den drei Großstädten Amsterdam, Haag und Rotterdam hierherführt. Wie von Düften geschwängert ist dann die Luft, und ein zarter Teppich wundervollster Farben breitet sich nach allen Richtungen hin aus. Ob freilich dieses schöne Blumenland angesichts der heutigen Krise auf dem Weltblumenmarkte noch lange diesen Charakter behalten wird, oder ob nicht über kurz oder lang lohnendere Nutzgewächse herbe Züge in das liebliche Bild hineintragen werden, ist vorläufig nicht abzusehen. Jedenfalls würde Europa mit seinem Verschwinden eins seiner schönsten und eigenartigsten sommerlichen Landschaftsbilder einbüßen.

Ueberschlag.

Von **Max Barthel.**

Du mußt, wenn alles stürzt, auf deinen Stolz bestehen!
Verrat, Verkauf wird glatt an dir zerbrechen,
Verleumdung wird wie schwarzer Wind verwehen,
Die Toten werden zu dir aus den Gräbern sprechen.

Zu leicht, mein Freund, ist's immerfort zu steigen,
Im Angesicht den Tanz von schönen Sternen.
Du wirst im Absturz, wenn die Sphären schweigen,
Den Sinn der Welt begreifen lernen.

Die Adler steigen auf zum Licht mit ernsten Gefieder.
Der Hunger stößt sie auf das Leichenfeld der Erde.
Doch sie erheben sich und steigen immer wieder,
Daß dem Verzweifelten ein großes Beispiel werde.

Wir zerren herrisch an der Hungerschlinge
Und kämpfen mit dem Schicksal, sind begeistert
Und hämmern unsern Schädel an die Rätsel dunkler Dinge:
Wir wollen wissen, was uns quält und meistert.

Es wird wie wir mit nackter Haut geboren!
Wir reißen es heraus aus seinen Purpurhüllen!
Die Riegel springen kreischend von den leeren Türen:
Du hörst die Engel und die Teufel schamlos brüllen . . .

Dunkle Gewalten.

Von **Willy Möhus.**

Auf der Baustelle warteten schwere Eisenträger. Sie waren feucht und kalt. Ueber ihnen reckte sich ein hoher Kran in den Nachthimmel. Ketten liefen von seiner Höhe zur Erde und legten sich kreuz und quer neben die eisernen Träger. Wieviel Lasten hatten sie schon erduldet, wie hatten ihre Glieder sich gespannt und Widerstand geleistet, starr und unnachgiebig! Oh, sie fühlten sich so stark und höhnten die eisernen Träger, an die sie sich schmiegten. „Wir," so wisperten sie, „sind immer frei, wir leben in Licht und Sonne, wir sehen den Mond und die Sterne; ihr aber, ihr häßlichen, ungelenken Träger, werdet irgendwo zwischen Steinen verschwinden; auf eure Rücken wird man schwere Lasten legen, und mit Füßen wird man euch treten." Die Träger wollten widersprechen, aber die Kettenglieder lachten boshaft: „Wir werden euch fesseln und dann in euer Gefängnis bringen. Wir sind stärker als ihr, wir werden . . ."

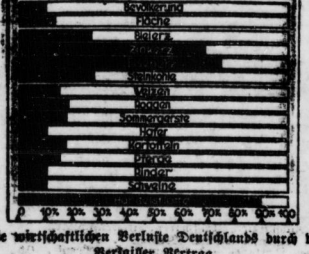
In diesem Augenblick wurden sie von Männern im Arbeitskittel auseinandergezerrt und um die Träger geschlungen. Dann begann eine kleine Dampfmaschine zu arbeiten. Schnell rollten einige Kettenglieder empor; andere glitten abwärts. Plötzlich gab es einen harten Stoß. Der Träger, der nun eingebaut werden sollte, wehrte sich. Aber brutal zog die kleine Dampfmaschine durch. Da ging ein leises Stöhnen durch die Kette, und ein Ring klagte: „Ich zerreiße, ich kann nicht mehr." — „Wirst du aushalten, du bist genau so stark wie wir, schäme dich!" Der Ring nahm seine ganze Kraft zusammen und hielt tapfer aus. Immer höher wuchtete der schwere Träger, der machtlos, gebunden, in der Nachtluft schaukelte. Er zog mit seiner ganzen Kraft an der Kette und versuchte, sie zu sprengen. Aber trotzig widerstand sie ihm. Arbeiter waren auf den Träger gestiegen, um das Gleichgewicht herzustellen und ihn in der Höhe in letzte Fesseln schlagen zu können. Spannung lag über dem Ganzen. Plötzlich stöhnte das kranke Kettenglied schwer auf. Den anderen stockte der Atem. Fast unmerklich gab die Kette nach, und ehe noch die Arbeiter begreifen konnten, was vor sich ging, hatte sich der schwere Träger befreit. Jauchzend stürzte er hinab, riß die Arbeiter mit sich und zerschmetterte sie in der Tiefe. Die kleine Dampfmaschine tobte wie wahnsinnig und drohte vor innerer Kraft zu zerspringen.

Unter den Trägern stöhnten die Arbeiter. Kollegen, Sanitäter eilten herbei. Ein Ingenieur untersuchte die zerbrochene Kette. Der Bruch zeigte nichts Besonderes. Das Eisen schien ganz gesund zu sein. „Man kennt sich doch niemals aus", sagte er kopfschüttelnd.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0002

Die Reise um die Welt in 25 Tagen.

Den beiden Amerikanern Evans und Wells ist der Versuch gelungen, in 28 Tagen teils mit dem Flugzeug, teils mit dem Auto, der Bahn oder zu Schiff die Erde zu umkreisen. Auf dem Breitengrad von London beträgt der Erdumfang nur etwa 25 000 Kilometer, auf dem von New-York etwa 30 000. Rein theoretisch, d. h. wenn Hindernisse des Materials, der Witterungs- und Landesverhältnisse nicht zu befürchten wären, ist ein Umfliegen des Erdballs in der größten Breite von 40 000 Kilometern (bei einer tägl. Flugzeit von 8 Stunden und einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde) in 25 Tagen gut denkbar, bei ununterbrochenem Flug mit einem größeren Flugzeug sogar in nur 8 Tagen. Noch vor etwa 100 Jahren dauerte der Kutschenfahrt von Berlin nach Leipzig 36 Stunden in der Postkutsche.



Die wirtschaftlichen Verluste Deutschlands durch den Versailler Vertrag.

(Zum 28. Juli).

Durch den Versailler Vertrag, an den wir nun in diesen Tagen 7 Jahre gebunden sind, haben wir einige unserer wichtigsten Wirtschaftsgebiete verloren. Mit Nordschlesien, Posen und Westpreußen wurden uns Ueberschußgebiete landwirtschaftlicher Erzeugnisse genommen, Elsaß-Lothringen und Ost-Oberschlesien, sowie das uns einstweilen entzogene Saargebiet waren hervorragend wertvoll für den deutschen Bergbau und die deutsche Industrie. Von der Steinkohlenförderung gingen rund 26 Prozent (49 Mill. von 190 Mill. im Jahre 1913) verloren, die Eisenerzgewinnung wurde auf etwa ein Viertel der früheren Förderung eingeschränkt (fast drei Viertel der Förderung kamen aus Lothringen), mit Ost-Oberschlesien verloren wir den größten Teil unserer Zinkerze und über ein Viertel der Bleierze, mit dem Elsaß die Kalilager bei Mülhausen.

Oesterreichische Arbeitslosenfürsorge.

Ein sozialdemokratischer Erfolg.

Der Sozialdemokratie ist es gelungen, ein Attentat, das die Regierung seit Monaten gegen die Arbeitslosen plante, abzuwehren. Die Regierung hatte vor Monaten eine Vorlage eingebracht, die Zehntausende von Arbeitslosen um ihre Rechte bringen sollte. Vor allem sollte den Saisonarbeitern, das ist vor allem den Bauarbeitern, in der toten Saison die Arbeitslosenunterstützung entzogen werden. Dann war geplant, die außerordentlichen Beihilfen, die im allgemeinen nach 1½ Jahren Arbeitslosigkeit gezahlt werden, um 20 Prozent herabzusetzen. Die Arbeitslosenunterstützung sollte nach zwei Jahren überhaupt eingestellt werden. Schließlich war in Aussicht genommen, den Beitrag des Staates zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung zum Teil den Gemeinden und den Arbeitern aufzuerlegen. Da das Gesetz über die außerordentlichen Beihilfen bis Ende März befristet war, glaubten die bürgerlichen Parteien den Sozialdemokraten diese Verschlechterungen aufzwingen zu können.

Die Sozialdemokraten ließen sich aber nicht einschüchtern und verweigerten jede Verhandlung über irgendeine Regierungsvorlage, solange nicht die Regierungsvorlage zurückgezogen sei. So wurde Monat um Monat das alte befristete Gesetz um einen Monat verlängert. Der Antrag der Sozialdemokraten, es bis Ende des Jahres zu verlängern, um Zeit zu Verhandlungen zu gewinnen, wurde abgelehnt. Infolgedessen kam es, daß die Regierungsvorlage infolge des sozialdemokratischen Widerstandes nicht verhandelt wurde, aber auch die ganze Parlamentsarbeit stockte.

Inzwischen wurde von dem neuen Unterrichtsminister der klerikale Schulerlaß des früheren Unterrichtsministers aufgehoben und damit der Weg zu Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung geebnet. Dieser Tage wurden nun die Verhandlungen über das Arbeitslosengesetz aufgenommen. Sie führten zu einem Erfolg der Sozialdemokraten.

Der Minister für soziale Verwaltung legte einen neuen Regierungsentwurf vor, der alle von den Sozialdemokraten bemängelten Bestimmungen der früheren Regierungsvorlage nicht mehr enthält: Die Begrenzung der Dauer des Bezugs der Arbeitslosenunterstützung wurde fallengelassen. In Fortfall kam ferner die Kürzung der Notstandsunterstützung und die Entziehung der Unterstützung an die Saisonarbeiter während der toten Saison solange, bis ein neues Gesetz geschaffen ist. Nur in der Frage der Deckung des Aufwandes hält die Regierung vorläufig an ihren früheren Vorschlägen fest. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden fortgeführt. Inzwischen sollen die geltenden Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung, wie es die Sozialdemokraten verlangten, bis Ende des Jahres verlängert werden.

Rollendes Riesenhotel.

Der umfangreiche Apparat der Mitropa.

250 Speise- und 300 Schlafwagen verkehren täglich auf den Hauptstrecken der Deutschen Reichsbahn. Durchgeführt wird dieser Betrieb durch die Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagen-Aktiengesellschaft (Mitropa), deren Hauptaktionär die Reichsbahn selbst ist. In den in den Tagesschnellzügen laufenden Speisewagen wird ein Mittagessen von 4 Gängen täglich durchschnittlich an 150 Personen, das Abendessen an rund 100 Reisende verabreicht. Die Küche bedienen ein Koch und eine Gehilfin sowie ein Silberputzer. Ein Oberkellner und drei Kellner sorgen für die Bedienung. Ein weiterer Kellner versorgt die Reisenden in den Wagen mit Speisen und Getränken. Insgesamt sind also täglich rund 2250 Personen in den Speisewagen beschäftigt, die über 62 000 Mahlzeiten täglich verabreichen, abgesehen von Kaffee und sonstigen Getränken. Von der Größe des Betriebes kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man erfährt, daß in den Speisewagen rund 1200 Zentner Fleisch, 200 Ztr. Wild und Geflügel, 200 Ztr. Fische, 2200 Ztr. Kartoffeln, 800 Ztr. Gemüse, 200 Ztr. Butter, 450 000 Eier, 17 000 Liter Milch, 105 Ztr. Kaffee, 170 Ztr. Zucker und vieles andere verbraucht werden.

Die 300 Schlafwagen in den Nachtschnellzügen bzw. verschiedenen Schlafwagenzügen sind mit je 20 Betten ausgestattet, so daß also den Reisenden auf den deutschen Bahnen 6000 Schlafgelegenheiten jede Nacht zur Verfügung stehen. Insgesamt werden in dem rollenden Hotel der Mitropa rund 4000 Personen beschäftigt.

Flugzeug vom Blitz getroffen.

Brennend in die Nordsee gestürzt.

Berlin, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Das Verkehrsflugzeug, das seit kurzer Zeit den Flugdienst zwischen Hannover und den Nordseeinseln durchführt, ist am Sonntagabend über der Nordsee, südlich der Insel Juist, in ein Gewitter geraten, dabei vom Blitz getroffen worden und brennend in die Nordsee abgestürzt. Der Flugzeugführer und drei Passagiere wurden getötet. Ein vierter Passagier erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Das Flugzeug sollte seine Gäste nach Norderney und Borkum bringen.

Ein gefährlicher Wirbelsturm.

Berlin, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Das Berliner Freibad Grünau wurde am Sonntagmittag gegen ½2 Uhr von einem außergewöhnlich starken Wirbelsturm heimgesucht, der in den benachbarten Wäldern und Laubenkolonien große Verheerungen anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden umgerissen, mehrere Wohnlauben stürzten ein. Von einem der umstürzenden Bäume wurde eine Frau, die mit ihrer Tochter im Wald rastete, erschlagen. Drei andere Frauen wurden verletzt. Auch im Freibad selbst wurden mehrere Badegäste verletzt. Vier Laubenkolonisten sind in ihren Wohnlauben verschüttet worden und haben teilweise schwere Verletzungen erlitten. Auf dem Wasser wurden mehrere Boote zum Kentern gebracht, jedoch gelang es, die Insassen zu retten.

Einen Raubüberfall am hellen Tage

verübte am Sonnabendvormittag in Berlin ein 17jähriger Bursche an einer 61jährigen Witwe, die seit 12 Jahren eine Gastwirtschaft betreibt. Er hatte sich seit mehreren Tagen in der Gastwirtschaft herumgetrieben, bestellte am Sonnabend wieder ein Glas Bier und versetzte dabei plötzlich der Wirtin, als sie ihm den Rücken zuwandte, mit einem Gummiknüppel einen Schlag über den Kopf. Die Ueberfallene rief sofort laut um Hilfe, der Bursche ergriff die Flucht, wurde aber von Leuten auf der Straße verfolgt und auf dem Dachboden eines benachbarten Hauses festgenommen und der Polizei übergeben. Diese fand bei ihm mehrere Betäubungspatronen. Den dazugehörigen Revolver will er einem rechtsstehenden Zeitungshändler verpfändet haben. Außerdem erklärte er, der Deutschnationalen Volkspartei anzugehören und den Ueberfall in deren Auftrag vollbracht zu haben, da die Witwe sich mit dieser Partei überworfen habe; er sei mit einem Racheakt beauftragt gewesen.

Eine zehnköpfige Räuber- und Erpresserbande konnte die Breslauer Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel setzen. Es handelt sich um drei Reisende, sechs Angestellte und ein Dienstmädchen, denen bisher neun erpresserische Raubüberfälle nachgewiesen werden konnten. Die Opfer waren meist nächtliche Spaziergänger, vor allem aber Besucher von Bedürfnisanstalten, die sie durch Beschuldigungen und Drohungen um Geld und Wertsachen zu erpressen wußten. Die Beschuldigungen waren völlig grundlos, die Beschuldigten hatten immer wieder nur das Bestreben, in keine peinliche Situation zu kommen.

Die neue Herrenhemdbluse, die als einfachstes und bequemstes Kleidungsstück des Herrn für die heiße Jahreszeit gedacht ist, wird zurzeit in Berlin mit allen Mitteln „lanciert". So fand am Donnerstagabend in einem großen Berliner Tanzlokal ein „Charleston in Hemdbluse" unter der Parole „Fort mit Jakett und Weste" statt. Allerdings waren die Herren in Hemdblause noch stark in der Minderheit, während die Kellner zu schwarzer Hose weiße Hemdblusen trugen, desgleichen die Neger, die aufspielten.

Eine Vergiftungskünstlerin.

Ihren Liebhaber vergiftet hat anscheinend eine durch zahlreiche Liebesabenteuer berühmt gewordene ungarische Schönheit, Josefine Schani, in Budapest. Sie speiste dieser Tage in einem vornehmen Restaurant mit einem bekannten Lebemann aus der ungarischen Aristokratie. Plötzlich fiel sie ohnmächtig vom Stuhl. Noch ehe ihr Kavalier sie aufheben konnte, sank er selbst bewußtlos um. Er starb unter den Händen des Arztes, sie erholte sich sehr rasch und verschwand in dem Auflauf. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei hat sie diesen Liebhaber sowie sechs andere betört, zusammen mit ihr Gift zu nehmen, um aus dem Leben zu scheiden. Der Mann war jedesmal den Wirkungen des Giftes erlegen, sie blieb stets am Leben. Einstweilen ist es der Polizei nicht gelungen, sie festzunehmen.

Ein Liebesverhältnis mit einem 12 Jahre alten Jungen

unterhielt zwei Jahre lang die jetzt 52jährige Inhaberin eines „Massagesalons" in Berlin. Sie war deshalb wegen Kuppelei, Unzucht und Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wobei ihr das Gericht noch weitgehend die ihr von den Aerzten bescheinigte Minderwertigkeit zugute gehalten hatte. Trotzdem hatte sie Berufung eingelegt, so daß sich eine Berliner Strafkammer am Sonnabend noch einmal mit dem haarsträubenden Verhalten dieser Besitzerin eines „vornehmen" Kuppelquartiers im alten Westen Berlins zu beschäftigen hatte. Dem Jungen gegenüber, den die Mosseuse als „Kind ihres Instituts" betrachtete, da seine unverehelichte Mutter eine Angestellte ihres Salons war, spielte sie sich zunächst als Pflegemutter auf und ließ ihm auch eine gute Erziehung auf dem Gymnasium angedeihen. Aber schon seit seinem 7. Jahre verwandte sie ihn bei der „Bedienung" der Kunden. Später wurde er auch zu Privatkunden in die Wohnung geschickt. Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab, daß die eigene Mutter des Jungen mit dem Treiben einverstanden war und dafür ein beträchtliches Sündengeld bezog. Als der Junge 12 Jahre alt geworden war, trat die Pflegemutter zu ihm in Beziehungen. Auch vor der Strafkammer wurden die sittlichen Verfehlungen an dem Kinde einwandfrei festgestellt. Die Berufung wurde deshalb verworfen; gegen die Mutter des Jungen wird aber nunmehr ebenfalls ein Verfahren eingeleitet, nachdem sich ergeben hat, daß sie von allem wußte.

Verhaftung eines griechischen Defraudanten in Wien. Heute wurde auf einem Wiener Bahnhof der von den griechischen Behörden wegen Veruntreuung einer Summe von etwa 24 Millionen Drachmen schon seit längerer Zeit verfolgte Kaufmann Spiridion Skiades verhaftet.

Fünf Todesopfer beim Einsturz einer Brücke. Durch den Einsturz einer Brücke bei Whitesville (Westvirginia) wurden 5 Personen getötet und etwa 40 schwer verletzt, von denen 5 nicht mit dem Leben davonkommen dürften. Auf der Brücke befanden sich etwa 300 Personen, die sich zu einem Fest begeben wollten.

Großfeuer. Gestern abend geriet das Korklager der Firma Kruse am Hopfenmarkt in Hamburg auf bisher unbekannte Weise in Brand. In kurzer Zeit brannten der Dachstuhl und die drei oberen Stockwerke des fünfstöckigen Gebäudes völlig aus. Der Materialschaden ist sehr groß, da auch die unteren Stockwerke bis zum Keller schweren Wasserschaden erlitten.

22 Personen vergiftet wurden bei einer Hochzeitsfeier in einem Dorfe unweit Wilna. Nach dem Mahl erhielten die Hochzeitsgäste einen Schnaps vorgesetzt, der aus Holzspiritus zubereitet war. Kaum war das erste Glächen geleert, als sämtliche Festteilnehmer zu Boden fielen und sich in heftigen Krämpfen wanden. Drei Männer, darunter der Bräutigam, starben innerhalb weniger Minuten; die übrigen ringen mit dem Tode.

Von Möwen bös zugerichtet wurden dänische Ausflügler, vor denen ein Kind am Meeresstrand ein Möwenei einem Nest entnommen hatte. Nicht nur die Möwenmutter stürzte sich sofort auf das Kind, sondern auf ihr Geschrei kamen immer mehr Möwen hinzu, die furchtlos mit Schnabelhieben und Flügelschlägen die Gesellschaft angriffen. Den Leuten blieb schließlich nichts anderes übrig, als das Ei liegen zu lassen und schleunigst auszurücken. Ein Herr hatte zwei tiefe Schnabelhiebe in der Wange; das Mädchen war ebenfalls ziemlich stark verletzt.

Einen mächtigen Delphin fingen dieser Tage holländische Fischer an der Küste der Zuidersee bei Zwolle. Das seltene Tier hatte sich in eine Bucht verirrt, wo ihm die Fischer in vier Booten mit Harpunen zu Leibe gingen. Schließlich glückte es, das Tier zu töten, das eine Länge von 3½ Metern, einen Größenumfang von 2 Metern und ein Gewicht von rund 300 Kilo hatte.

Sieben Minen, die noch aus der Kriegszeit her in den schwedischen Küstengewässern trieben, wurden von der schwedischen Marine im letzten Vierteljahr unschädlich gemacht. Außerdem trieben auf Gotland zwei Minen ans Land. Bei drei Minen war noch die Nationalität festzustellen: eine war englisch, eine russisch und eine deutsch.

Die Wiener Typographia in Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0003

Poincares Programm.

Fünf Milliarden neuer Steuern, Abbau des Verwaltungsapparats.

Paris, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Kriegsminister Painlevé erklärte am Sonntag beim Verlassen des Kabinettsrates, es sei innerhalb der Regierung zu einer völligen Einigung über das Finanzprogramm gekommen. Das Programm werde keinerlei Begeisterung auslösen, aber günstig aufgenommen werden. Diese Wertung entspricht der Beurteilung des Programms und seiner Aufnahme in der Pariser Presse. Es läßt sich erkennen, daß Poincaré mit keinerlei überraschenden oder kühnen Neuerungen auf den Plan treten wird, sondern sich eher in alten, schon ausgefahrenen Geleisen bewegen wird. In erster Linie wird er **neue direkte und indirekte Steuern in Höhe von 5 Milliarden vom Parlament verlangen.** Den Hauptertrag soll eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer bringen. Auch Loucheur hatte seinerzeit als Finanzminister von dieser primitiven Lösung des Finanzproblems ausgehen wollen. Die Finanzkommission der Kammer hat aber damals, erschreckt über die Höhe der geforderten Summen, den Rücktritt des Finanzministers erzwungen. Die Regierung läßt die von der Presse aufgestellten Behauptungen dementieren, daß sie eine Zwangsanleihe, eine Konsolidierung der schwebenden Schuld und ein Moratorium der kurzfristigen Schatzscheine verlangen werde. Auch die Nachricht, daß die Regierung von der Kammer Vollmachten verlangen wird, wird dementiert. Die Regierung wird sich, erklärt der „Matin“, darauf beschränken, von der Kammer das Recht zu verlangen, **auf dem Wege von Dekreten gewisse Sparsamkeitsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung vorzunehmen.**

Poincaré hat am Sonntag von 8 Uhr morgens an mit den zuständigen Stellen des Finanzministeriums das Finanzprogramm ausgearbeitet. Am Montag wird ein Ministerrat stattfinden, der das Finanzprogramm endgültig beschließen soll. Am Dienstagvormittag wird ein Ministerrat die Ausarbeitung der Regierungserklärung vornehmen, die am Nachmittag in der Kammer verlesen werden soll. **Poincaré will bereits am Dienstag seine Finanzentwürfe in der Kammer einbringen. Ihre endgültige Verabschiedung soll spätestens bis zum 8. August erfolgen.**

Unter dem Ermächtigungsgesetz.

Tiefgreifende Maßnahmen der belgischen Regierung zur Stabilisierung des Franken.

Brüssel, 26. Juli. (Radiomeldung.)

Die Regierung macht weiterhin von dem ihr bewilligten Ermächtigungsgesetz Gebrauch. Sie beschloß eine Reihe neuer königlicher Erlasse, durch die u. a. der Arbeitsminister ermächtigt wird, Höchstpreise für Kohle festzusetzen und die Kohlenausfuhr zu beschränken. Sie beschloß ferner die **Schließung der öffentlichen Lokale um 1 Uhr nachts**, ausgenommen Ostende, Blankenberghe und Spa, ferner ein **Verbot der Verabreichung warmer Speisen in Restaurants außerhalb gewisser Stunden.** Diese Sperr- und Schutzmaßnahmen sollen insbesondere eine moralische Wirkung ausüben. Für diese Woche werden weit wichtigere Beschlüsse zur Gesundung des belgischen Franken erwartet, namentlich die **Emission der Vorzugsanteile der neuen belgischen Eisenbahngesellschaft.** Hierdurch soll ein entscheidender Schritt zur Tilgung der schwebenden Schuld sowie zur Stabilisierung des Franken getan werden. Die Regierung ist nämlich insbesondere auch unter dem Eindruck der Ereignisse in Frankreich zu der Ueberzeugung gekommen, daß **viel rascher und durchgreifender vorgegangen werden muß, als anfangs geplant war.** Sie hofft aus der ersten Emission der Eisenbahnanteile nicht nur die im Dezember fälligen 1800 Millionen zu erhalten, sondern weit höhere Beträge. Darum beschloß sie, **das Kapital** sowie die Verzinsung der Anleihe gegen Valutaverluste zu garantieren, und zwar unter Zugrundelegung eines neuen Kurses von 175 Franken gegen etwa 200 Franken heute. Die Verzinsung wird 6 Prozent betragen. Außerdem wird die Hälfte des Gewinnes an die Anteilbesitzer als Dividende abgeführt, und zwar alles steuerfrei. **Die Stabilisierung des Franken soll in kürzester Frist erfolgen.** Zunächst soll eine Goldkreditbank nach dem Muster der deutschen Golddiskontbank gegründet werden, die den belgischen Exporteuren zur Einfuhr von Rohmaterialien die nötigen Devisen verabfolgen wird. Der Staat wird sich diese durch auswärtige Kredite verschaffen. Fortgeschrittene Verhandlungen hierzu sind bereits im Gange. Von dem Erfolg der Eisenbahnanleihe hängt zunächst das Gelingen oder Mißlingen der ganzen Frankensanierung ab.

Budapester Kommunisten-Prozeß.

Budapest, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In der Freitag- wie in der Sonnabend-Verhandlung des Kommunistenprozesses teilten die sozialdemokratischen Zeugen, und zwar am Freitag der Sekretär des Holzarbeiterverbandes Horowitz und am Sonnabend der sozialdemokratische Abgeordnete Hebelt, mit, daß die angeklagten Mitglieder der Vagi-Partei keine Kommunisten, sondern Angehörige der 2. Internationale seien. Der von der Anklage als Belastungszeuge geführte Metallarbeiter Schön erklärte, man habe ihn bei der Polizei zu seiner Aussage gezwungen. Er müsse jetzt ebenfalls erklären, daß die angeklagte Vagi-Partei nicht kommunistisch, sondern sozialdemokratisch sei.

Verbotene Beamtenkundgebung. Der französische Innenminister hat die Kundgebung der Beamten und Angestellten der öffentlichen Betriebe gegen die Teuerung und gegen die ungenügende Erhöhung der Gehälter, die am Dienstag vor der Kammer stattfinden sollte, verboten.

Mecklenburgische Verfassungsfeiern. Die vor wenigen Wochen abgetretene deutschnationale Regierung in Mecklenburg-Schwerin untersagte im vergangenen Jahre jede offizielle Feier von Verfassung und Volksstaat aus Anlaß des Verfassungstages. Die neue Regierung hat deshalb Veranlassung genommen, in diesem Jahre nicht nur in der Hauptstadt des Landes, sondern auch in allen übrigen Teilen Mecklenburgs besonders eindrucksvolle Verfassungsfeiern zu veranstalten.

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD. Halle Harz 42/44, Hofgebäude 2 Tr. Fernruf 1029.

Halle

Arbeiterwohlfahrt (Kindergruppe): Jeden Dienstag u. Freitag früh 8 Uhr pünktlich Wanderungen in die Heide. Treffpunkte: Norden Museum, Wettiner Platz, Süden Hallmarkt. Trinkgefäße mitbringen. — Mittwoch, den 28. Juli, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vorstandssitzung.

Aus dem Bezirk.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Gau Halle. Am 15. August 1926 findet in Nürnberg die diesjährige Reichsverfassungsfeier statt. Der Gau Halle entsendet eine Fahnenabordnung und bittet alle Kameraden, welche sich an der Fahrt beteiligen wollen, ihre Adresse der Gauleitung Halle, Harz 42-44, mitzuteilen. Es ist beabsichtigt, am Sonnabend, dem 13. August, abends 6.59 Uhr, nach Nürnberg abzufahren. Die Rückfahrt soll Dienstag, den 17. August, mittag 12.57 Uhr, stattfinden. Die Gauleitung plant Gesellschaftsfahrt. Fahrpreis einschließlich Festbeitrag 16 Mk. Die Rückfahrt endet in Leipzig. Von dort nach Halle muß D-Zug benutzt werden. Fahrkarte für D-Zug löst jeder Kamerad selber.

Ortsgruppe Halle

Mittwoch, den 28. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im „Volkspark“, Kartellzimmer: Große Funktionärsitzung.

Sonstige Vereine

Mittwoch, den 28. Juli 1926, abends ½8 Uhr, in der Jugendherberge: Sprechchor-Probe. 4751

Knorr Haferflocken mit dem roten Streifen

eine gesunde, leicht verdauliche Kost von hohem Wohlgeschmack, die mit aller Sorgfalt eines Großbetriebes aus ausgesucht gutem Rohmaterial hergestellt wird

Leicht quellend Milchig-süß Vitamine!

Geschmacksgebilde edelster Art des Hauses Salem neueste Erzeugnisse

Ufa-Theater Leipziger Straße

Ab morgen, Dienstag, nur 3 Tage

Die Seeteufel!

„Seepiraten“, welche romantischen Erinnerungen klingen diesem Worte nach. **Das Piratenleben des „Seeteufels“**, der ein maurisches Kaperschiff befehligt und der im glühendsten Haß gegen die Spanier Schiff für Schiff kapert und zu einer gefürchteten Erscheinung befahrener Seestraßen wird, **ist voller Aufregung und atemraubender Abenteuer. Spanische Kriegsschiffe, maurisch. Freibeuter, englische Galeeren,** das Leben auf den mittelalterlichen englischen Schlössern, das Leben und Treiben einer maurischen Stadt, ein Sklavenmarkt in Nordafrika — überreich sind die Eindrücke und Bilder, die uns dieser Film schenkt.

Dazu ein lustiges Beiprogramm und die **Ufa-Wochenschau**

— Beginn 4 Uhr. —

Ufa-Theater Alte Promenade

Ab morgen, Dienstag, nur 3 Tage

Der große deutsche Ufa-Film

Die letzte Droschke von Berlin

Alte Herzen — neue Zeit

In den Hauptrollen: **Lupu Pick** als Lüdecke, der Veteran der Droschkenkutscher

Evi Eva — Hans Ad. von Schlettow — Maly Delschaft — Werner Pittschau Hedwig Wangel

„... Ein Alltagsschicksal, eine leise Wirklichkeit, ohne heroischen Glanz, ohne den pathetischen Trommelklang, und doch bezwingend, erschütternd, zu Tränen rührend ...“ (8-Uhr-Abdbl.)

Ufa-Wochenschau

Jugendliche haben Zutritt und zahlen zur ersten Vorstellung **kleine Preise.**

— Beginn 4 Uhr. — 4755

Treibriemenlederstücke

gebr., größ. Posten eingetroff., zu verschied. Zweck. geeignet, verkauft billigst

J. Sternlicht, Halle a. S.

Gold. Kette, Alter Markt 11.

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Gasthof „Zum weißen Schwan“

Heute Wiedereröffnung!

Neue Bewirtung, wozu ich die verehrten Einwohner von **Schlettau und Umgeg.** herzlichst einlade

Hochachtungsvoll

4753 **G. Rösler**

Solbad Wittekind

Dienstag, 27. Juli, früh ¾7, nachm. 4 und abends 8 Uhr:

Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters Leitung: Benno Plätz.

Mittwoch, 28. Juli, früh ¾7 und abends 8 Uhr:

Konzerte des Hallischen Sinfonie-Orchesters. Leitung: Benno Plätz.

Nachmittags 4 Uhr kein Konzert. 4757

Was muß jede Hausfrau wissen?

Bei uns kauft man **Bettfedern** besonders billig

Pfd. Mk. 1,40 3,– 4,– 4,50 5,– 6,– 7,– 8,– und teurer je nach Wunsch

Inlettstoffe per Meter von 2,20 an

Bettfedern-Reinigungs-Maschine täglich in Betrieb 4752

Abholung vollständig kostenlos

Walhalla

8 Uhr Tel. 8385

Letzte Woche des Mälzer-Gastspiels

Noch 6 Aufführungen

Familie Knorke

mit **Rudolf Mälzer** und **Anna Müller-Linke** 4754

Sommerpreise 0,50 bis 3,50 Mark.

Tageskasse ab 11 Uhr

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Damentaschen Koffer, Mappen Rucksäcke Portemonnaies usw. billig

Hugo Krasemann nur Schmeerstr. 19 4301

Lederwaren-Spez. Geschäft gegr. 1875

Sommersprossen kann jed. in 10 Tag. gänzl. beseitig. Auskunft kostenlos gegen Rückmarke. Frau Erna Brandenburg-Loessin, Berlin N. 65.

VOLKSPARK

Telefon 1107 und 9025

Morgen, Dienstag, abend 8 Uhr:

12. Sommer-Konzert

Deutscher Meisterabend.

Leitg.: Musikmstr. G. Schütze, Leipzig unter Mitwirkung von **Frau Henriette Böhmer** (früher Stadttheater Halle)

Eintritt 50 Pfg., Erwerbslose 30 Pfg.

Der Bildungsausschuß.

Nur wenige Tage ruft SARRASANI

Die schönste Schau zweier Welten.

Halle-Roßplatz. Telephon 9617.

Eintrittspreise **50** Pfg. **bis 5** Mk.

Täglich 7.30 Uhr

Mittwoch, Sonnabend, Sonntag } **auch 3 Uhr.**

Nachmittags: Kinder halbe Preise, nachmittags volles Programm.

Vorverkauf: Kasse Sarrasani-Schau; Curt Walla, Poststr. 1; J. L. Heise, Händelstr. 38.

Fahrrad- und Motorradaufbewahrung in der Schau. 4747

Eilen Sie!

Zurück Dr. Burckhardt, Zahnarzt, Grosse Steinstrasse 12.

Drucksachen jeder Art übernimmt die Genossenschaftsdruckerei

Nachruf.

Am Freitagabend gegen 8 Uhr verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Werkmeister

Friedrich Stephan.

Wir verlieren an dem allzufrüh aus dem Leben Geschiedenen einen treuen, aufrichtigen Kollegen, der stets mit vollem Herzen Anteil an der gewerkschaftlichen Arbeit unseres Verbandes genommen hat.

Ein dauerndes Angedenken wird ihm gewahrt bleiben. 4748

Deutscher Werkmeister-Verband

Ortsgruppe Leuna-Werke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 26. Juli 1926.

Schneiderinnung und Volkslied.

Als vor zwei Jahren die Bonner Borussen dem Dichter Fritz von Unruh eine Forderung zugehen ließen, weil er in einem seiner Stücke einen renommierenden Couleurstudenten auftreten ließ, sahen manche schon die Zeit gekommen, in der die Schneiderinnung jeden auf Schere und Bügeleisen fordern würde, der einen Mann ihrer Zunft auf die Bretter bringen würde. Nun ist ja diese Befürchtung nicht eingetroffen. Die Schneider haben vielmehr den „verfassungsmäßigen Weg der Gesetzgebung" gewählt, um die unverschämten Dichter zur Raison zu bringen:

In der Vorstandssitzung der Handelskammer Gera lag ein Antrag der Schneiderinnung Hirschberg vor, der die „Beseitigung der das Schneiderhandwerk verhöhnenden Lieder im Thüringischen Volksliederbuch" verlangt. Also so schöne Liedchen wie: „99 Schneider, die wiegen hundert Pfund", die eine große Tradition haben, wollen die Hirschberger Schneider nun ausrotten. Es steht zu fürchten, daß, wenn dem Antrag stattgegeben wird, auch die Schusterinnung mit einem Antrag kommen wird, der für das Singen pechdrähtiger Lieder Zuchthaus verlangt. Und die „Bartkratzer" und alle anderen Handwerke werden folgen, denn der lose Volksmund hat vor keinem Handwerk Respekt gehabt, sondern fast ein jedes in „verhöhnenden Liedern" unsterblich gemacht.

Soweit wir die ehrenwerten Schneider kennen, sind sie viel zu gescheite Kerle und zu humorvolle Naturen, als daß sie nicht über den Antrag ihrer Hirschberger Kollegen lächeln würden.

Hoffentlich bekommt kein höhnischer Mensch Kenntnis von dem Antrag der Hirschberger, denn sonst würden die „verhöhnenden Lieder auf das Schneiderhandwerk" sicher um eins vermehrt werden!

G. H.

Bevölkerungsstatistische Schaumschläger.

In Düsseldorf ist augenblicklich die „Gesolei", jene große Ausstellung, über die wir schon zu verschiedenen Malen berichteten und auf der es neben vielem Wertvollem auch vielen Humbug, den wir nicht unkritisch hinnehmen dürfen, zu sehen gibt. Von solchem Humbug nun berichtet in der „interessantesten" deutschen Zeitschrift, in der im Ullsteinhaus herauskommenden „Berliner Illustrirten" (warum die sich auf dem Titelblatt ohne e schreibt, möchte ich schon lange gern wissen), ein gewisser Fritz Kahn. Die sonst im Interesse des Geschäfts einigermaßen vorsichtigen, und somit echt demokratischen Ullsteinleute, haben diesmal anscheinend völlig unkritisch einen Artikel aufgenommen, der die Darstellung von Bevölkerungsproblemen auf der Gesolei zum Gegenstand hat. Den ganzen Unsinn zu widerlegen, der hier auf zwei Seiten zusammengedrängt ist, geht schon deshalb nicht, weil dann alle Probleme der Bevölkerungs- und Sozialstatistik nebst aller angrenzenden Gebiete aufgerollt werden müßten. Aber ein paar Worte müssen gesagt werden, um zu verdeutlichen, wie das gemacht wird, wenn bürgerliche Schreiberseelen dem „Volke", dem „deutschen" Volke, einbläuen, daß sie etwas von ihm wollen, nämlich: noch mehr Kinder.

Es läßt sich — wenigstens bisher — feststellen, daß, je größer die Kulturhöhe eines Landes, um so langsamer seine Geburtenzunahme. Es ist, als ob sich die Einsicht unbewußt durchsetze, daß dem Nachwuchs nur dann die dieser Kulturhöhe angepaßte Erziehung und Ausbildung zuteil werden kann, wenn sich die Kinder nicht gegenseitig Luft und Licht zum Leben wegnehmen, was ja tatsächlich in einer kapitalistischen Welt unausbleibliche Folge sein muß. Nur wer die Masse der Menschen als Kulturdünger betrachtet oder als Futter für die Kanonen — welche beiden Auffassungen sich fast decken —, der kann heute noch an zahlenmäßig großem Geburtenüberschuß ein Interesse haben. Die besitzenden Klassen aller Kulturstaaten sind schon längst zum Zweikindersystem und zu weniger übergegangen; die Nachkommen für den „Vater Staat" stellte der Proletarier, welcher Name ja von dem lateinischen „proles" = Nachkommen sich herleitet. Heute aber fängt die Arbeiterschaft an, ebenso klug und noch klüger zu werden als ihre bürgerlichen Lehrmeister, und nun erhebt sich bei denen großes Geschrei. Mit allen Mitteln sucht man dem Arbeiter klar zu machen, daß die Aufhebung des § 218 ein „Verbrechen am Volke" und dessen Gesundheit sei; das viele Kinder zu kriegen selbst bei ungefähr fünf Millionen Arbeitsloser sittliche Pflicht sei und was dergleichen demagogische Mätzchen mehr sind. Die Statistik ist eine schöne und edle Wissenschaft; sie wird von den meisten falschen Volksfreunden leider dadurch in Verruf gebracht, daß diese willkürlich und einseitig mit dem Zahlenmaterial umgehen und es daher aussieht, als könne man mit „Statistik alles beweisen." Dafür ein Beispiel: Die „Berliner Illustrirte" bildet von der Gesolei ein Bild ab, das die verheerenden Folgen des Zweikindersystems schlagend beweisen soll. Nämlich so: Bach war das 12., Lessing sogar das 13., Mozart das 7. und Friedrich der Große immerhin erst das 4. Kind seiner Eltern. Bei nur zwei Kindern wären sie alle überhaupt nicht geboren worden! Solchen Unsinn wagt man erwachsenen Menschen vorzusetzen! Als ob nicht sofort als Gegenbeispiel sich auch erste oder einzige Kinder aufführen ließen, die Bedeutendes für die Menschheit geleistet haben! Ja noch mehr ist gegen solche verlogene Anwendung statistischen Materials sofort zu sagen: Wie viele Genies mögen verkommen oder niemals zur Entfaltung gelangt sein, weil die Erzeuger infolge einer übergroßen Kinderzahl dem einzelnen Kinde nicht das zu seiner körperlichen und geistigen Entfaltung nötige Existenzminimum geben konnten, also gerade weil sie 13. Kinder waren und nicht erste oder zweite. Was beweisen einige wenige Ausnahmen, die zudem aus einer Zeit ohne Industrieproletariat und zumeist aus nicht unvermögenden Familien stammen, gegenüber dem ungeheuren Kinderelend, das heute noch im Proletariat leider allzu häufig ist!

Da fällt mir eine Anekdote ein, die, falls sie nicht wahr sein sollte, so doch gut erfunden ist: Im Türausschnitt des gotischen Portals der Gesolei erscheint alle 24 Sekunden ein Storch mit einem Kinde im Schnabel, während alle 42 Sekunden ein Toter vorüberzieht. Damit soll die Geburten- und Sterbefällezahl in Deutschland bildlich dargestellt werden. Ein altes, frommkatholisches Mütterchen, das dem zusieht — der bildlichen Darstellung nämlich — bekreuzigt sich alle 42 Sekunden, wenn der Tote erscheint, weint eine Träne und murmelt: „Gott sei seiner Seele gnädig . . ." So kritiklos wie dieses alte Mütterchen stehen auch die bürgerlichen Bevölkerungspolitiker vor ihren, von ihnen selbst gemachten graphischen Darstellungen; und selbst wo sie es ausnahmsweise einmal besser wissen, da wollen sie uns doch aus politischen Gründen und in ihrem Interesse das Gegenteil glauben machen.

Aber einen Trost gibt es: So wenig der § 218 die Zahl der Abtreibungen zurückgehen läßt, so wenig kann eine noch so demagogische Bevölkerungsstatistik die Geburtenzahl heben. Ein sozialistischer Staat wird dereinst nicht nötig haben, seine Mitglieder durch statistische Taschenspielerkunststücke zu bluffen und zu erhöhter Menschenproduktion zu provozieren. Die Arbeiterschaft von heute aber hat kein Interesse daran, die industrielle Reservearmee, sich selbst zum Schaden, zu vergrößern. Solange die bürgerliche Gesellschaft — wie sie das bekanntlich immer tut — an den Symptomen herumdoktert, ohne die sozialen Grundlagen zu ändern und vernünftig zu gestalten, solange werden ganz mit Recht und automatisch alle Rufe nach höherer Kinderzahl erfolglos verhallen.

Homo.

Die Neuregelung der Hauszinssteuer.

Einem Runderlaß des preußischen Finanzministers vom 25. Juni 1926 (KV. 2 4495/II. B. 7633) entnehmen wir die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Durch ein vom Landtag am 23. Juni 1926 beschlossenes Gesetz wird **die Hauszinssteuer mit Wirkung vom 1. Juli 1926 auf den zehnfachen Betrag der staatlichen vorläufigen Steuer vom Grundvermögen erhöht.** Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig; der erhöhte Steuerbetrag ist also zum ersten Male bis zum 31. Juli 1926 an die Steuerkasse zu entrichten. Eine besondere Benachrichtigung ergeht im allgemeinen an die Steuerschuldner nicht.

2. Soweit Grundstücke, die unter die Befreiungsvorschriften des § 2a der Pr. StNV. fallen, zur Hauszinssteuer herangezogen sind, steht dem Steuerschuldner das Recht des Einspruchs hiergegen zu; dieser ist bis zum 15. Oktober 1926 beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) anzubringen. Bei begründeten Einsprüchen tritt die Befreiung vom 1. April 1926 an in Kraft.

3. Bei Grundstücken (Grundstücksteilen, die für gewerbliche Zwecke genutzt werden), kann unter Umständen eine Herabsetzung der Hauszinssteuer dadurch erzielt werden, daß der Veranlagung eine angenommene Grundvermögenssteuer von 4 Prozent des nach den Vorschriften des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 (GS. S. 317) festgestellten oder festzustellenden Gebäudesteuernutzungswertes zugrunde gelegt wird (§ 2 Abs. 2b der Pr. StNV.).

4. Bei Grundstücken, die am 21. Dezember 1918 mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 40 Prozent des Friedenswertes belastet waren, ist der Betrag der Steuer auf Antrag des Eigentümers so weit herabzusetzen, daß er bei bei unbelasteten Grundstücken 375 Prozent, bei einer Belastung bis zu 10 Prozent des Friedenswertes 500 Prozent, bei einer Belastung bis zu 20 Prozent des Friedenswertes 625 Prozent, bei einer Belastung bis zu 30 Prozent des Friedenswertes 750 Prozent, bei einer Belastung bis zu 40 Prozent des Friedenswertes 875 Prozent der Grundvermögenssteuer beträgt. (§ 3 Abs. 8 der Pr. StNV. in der neuen Fassung.)

Für diejenigen Grundstücke, die bisher schon mit nur 500 oder 400 Prozent der Grundvermögenssteuer zur Hauszinssteuer herangezogen waren, weil sie am 1. Juli 1914 höchstens bis zu 20 Prozent des Wertes dinglich belastet waren, wird auf Grund der Bestimmungen im vorstehenden Absatz 1 die Steuer durch die Katasterämter neu festgesetzt und den Steuerschuldnern mitgeteilt werden. Im übrigen erfolgt die Herabsetzung der Steuer nur auf Antrag. Eines erneuten Antrages bedarf es nicht, wenn ein solcher bereits zugleich mit der im Anfange dieses Jahres abgegebenen Erklärung über die Friedensmiete gestellt worden ist.

5. für Einfamilienhäuser mit einer Wohnfläche von nicht mehr als 90 Quadratmeter, die bis zum 1. Juli 1918 einschließlich bezugsfertig hergestellt waren und ausschließlich vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt werden, wird auf Antrag des Steuerschuldners

a) Steuerbefreiung gewährt, sofern das Einfamilienhaus zu diesem Zeitpunkte mit dinglichen privatrechtlichen Lasten nicht oder mit einem Goldmarkbetrage von nicht mehr als 20 Prozent des Friedenswertes belastet war,

b) die Steuer um 250 Prozent der Grundvermögenssteuer, jedoch nicht unter 375 Prozent der Grundvermögenssteuer herabgesetzt, sofern das Einfamilienhaus zu dem angegebenen Zeitpunkte mit einem Goldmarkbetrage von mehr als 20 Prozent des Friedenswertes belastet war. (§ 3a der Pr. StNV.)

Die Freistellung oder Ermäßigung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß das Einfamilienhaus zum geringen Teil auf Grund behördlicher Maßnahmen vermietet war.

6. Anträge gemäß Ziffer 3 bis 5 dieser Bekanntmachung sind beim Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) bis zum 31. Dezember 1926 zu stellen. Die Steuerminderung oder Befreiung tritt, sofern die Anträge begründet sind, vom 1. Juli 1926 an in Wirkung.

Verurteilter Duesterberg-Jargon.

Herr Landgerichtsdirektor Thorwest wird belehrt.

In der Berufungsverhandlung, die vor einigen Wochen gegen Oberstleutnant a. D. Duesterberg vor der Strafkammer Halle (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Thorwest) wegen der in dem Brieftelegramm an den Reichsminister Schiele gegen den Regierungspräsidenten Grützner enthaltenen Beleidigungen stattfand, hatte Duesterberg den Regierungspräsidenten bekanntlich als Renegaten bezeichnet, ohne daß der Vorsitzende des Gerichts es für nötig befand, das zu rügen. Grützners Dienstaufsichtsbeschwerde beim Landgerichtspräsidenten Dr. Gulland in Halle blieb erfolglos. Nun hat Grützner, der sich beschwerdeführend weiter an den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Justizminister gewandt hatte, vom Oberlandgerichtspräsidenten in Naumburg folgendes Antwortschreiben erhalten:

„In Verfolg der Dienstaufsichtsbeschwerde Euer Hochwohlgeboren habe ich **dem Landgerichtsdirektor Thorwest unter Billigung des Herrn Justizministers eröffnet, daß der Sinn des Wortes „Renegat" doch etwas anders auszulegen sei, als es seiner und des Herrn Landgerichtspräsidenten Auffassung entspricht,** daß nämlich der Ausdruck vielfach in herabsetzendem Sinne gebraucht werde, und es daher geraten gewesen wäre, den von Euer Hochwohlgeboren ausdrücklich erbetenen Schutz gegen diese Bezeichnung in geeigneter Weise zu gewähren."

(gez.) Werner.

Damit ist dem Regierungspräsidenten Grützner wenigstens nachträglich noch Gnugtuung zuteil geworden. Wenn man darin ein Zeichen beginnender Gesundung des Verhaltens deutscher Gerichte bei der Wahrung der Ehre republikanischer Beamter erblicken kann, dann ist das sehr bemerkenswert. Wir erwarten jedenfalls, daß solche Beweise von Objektivität sich mehren.

Die Umgestaltung der höheren Mädchenschulen.

Von verschiedenen Organisationen und Schulen wurde dem preußischen Unterrichtsminister der Wunsch vorgetragen, die im Erlaß vom 26. Mai 1926, betreffend Umgestaltung der höheren Mädchenschulen, gesetzte Frist für die Anträge an die Schulaufsichtsbehörden über den 1. August 1926 hinaus zu verlängern. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, genehmigt der Minister mit Rücksicht auf die Ferien- und Urlaubszeit, daß die Frist für die Vorlegung dieser Anträge bis zum 15. September 1926 verlängert wird. Dementsprechend wird die Frist für die Vorlegung der neuen Lehrpläne der einzelnen höheren Mädchenschulen bis zum 20. Januar 1927 verlängert.

Schülerfahrten zum Deutschen Museum. Um den Schülern der preußischen höheren Schulen den Besuch des Deutschen Museums in München zu erleichtern, hat der preußische Kultusminister die Provinzialschulkollegien ermächtigt, Anträge auf Veranstaltungen derartiger Reisen zu genehmigen. Die Fahrten finden unter Führung der Lehrer statt, die die Schüler auch im naturwissenschaftlichen Unterricht betreuen, und werden im Unterricht vorbereitet. Die Reichsbahnverwaltung gewährt für die Eisenbahnfahrten weitgehende Ermäßigung. Für die Unterbringung der Lehrer und Schüler können Jugendherbergen in Anspruch genommen werden.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege hält seine Tagung am 3. und 4. September zusammen mit der Vereinigung der technischen Oberbeamten deutscher Städte in Danzig ab. Es sind Referate vorgesehen von Dr. Schmidt (Essen) über „Städtebau und Landesplanung", Senator Elkart (Hannover) und Stadtrat Dr. May (Halle) über „Wohnungsbau", Generalsekretär Dr. Diem (Berlin) und Stadtoberbaurat Schulz (Bielefeld) über „Sport-, Spiel- und Badefragen", Stadtmedizinalrat Dr. Drigalski (Berlin): Schlußbericht. Daran anschließend eine Reihe sozialhygienischer Spezialvorträge. Anfragen über die Tagung beantwortet der ständige Geschäftsführer Prof. Dr. v. Drigalski, Berlin C 2, Fischerstraße 39/42.

Ein Allgemeiner deutscher Sparkassen- und Kommunalbankentag findet am 6. September in Augsburg statt. Von den zahlreichen Referaten interessieren besonders die des Präsidenten des Deutschen Städtetages Dr. Mulert über „Oeffentliche Finanzprobleme" und des Verbandspräsidenten Dr. Eberle (Dresden) über „Entwicklung und Zukunft des kommunalen Giroverkehrs".

Die Feuerwehr macht alles. Am Sonnabend gegen 6.45 Uhr abends wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Meteritzstraße gerufen, wo ein Pferd in die Dunggrube gestürzt war. Das Tier wurde mittels Flaschenzuges aus seiner Lage befreit. — Am Sonntagabend gegen 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Beesener Straße gerufen, wo ein zur Vornahme von Dacharbeiten aufgestelltes Leitergerüst infolge des starken Windes umzustürzen drohte. Durch verstärkte Befestigung des Gerüstes wurde die Gefahr beseitigt. — Gegen 10.25 Uhr abends rückte die Feuerwehr nach einem Grundstück in der Königstraße aus, wo bereits eine größere Menge von der Rollschicht der Brandmauer herabgefallen war und noch Mauersteine herabzufallen drohten. Nach Beseitigung der Gefahr konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Personen wurden nicht verletzt.

Von Radfahrern umgefahren. Am Sonnabend gegen 7.20 Uhr abends wurde in der Glauchaer Straße ein 5 Jahre alter Knabe von einem Radfahrer angefahren und zu Boden geworfen, wobei das Kind eine Wunde im Gesicht davontrug. Am Sonntag gegen 4 Uhr nachmittags wurde in der Dessauer Straße ein sechsjähriger Knabe von einer Radfahrerin umgefahren. Beide kamen zu Fall, wodurch das Kind leichte Verletzungen am Kopfe, die Radfahrerin Hautabschürfungen an der linken Hand davontrug.

Unfall eines Radfahrers. Am Sonnabend gegen 1 Uhr nachmittags erfolgte an der Ecke Kronprinzen- und Hohenzollernstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer. Letzterer kam zu Fall und erlitt Verletzungen am linken Arm und am Kopf. Sein Fahrrad wurde erheblich beschädigt.

Mehrfache Erkrankungen auf der Straße. In den Nachmittagsstunden des Sonntag erlitten an verschiedenen Stellen der Stadt drei weibliche und drei männliche Personen Krämpfe bzw. Ohnmachtsanfälle. Während sich die meisten nach kurzer Zeit selbst wieder erholten, mußten zwei Personen mittels Krankenwagens ihrer Wohnung zugeführt werden.

Schlägereien. Am Nachmittag des Sonnabend und in der folgenden Nacht ereigneten sich an verschiedenen Stellen der Stadt vier Schlägereien, in deren Verlauf mehrere Personen leicht verletzt wurden. In einem Falle wurde das Ueberfallkommando zu Hilfe gerufen. Die Täter wurden zur Anzeige gebracht.

Die Konzerte im „Volkspark" erfreuen sich stets steigender Beliebtheit. Und das haben diese auch durch den hohen künstlerischen Wert der Darbietungen verdient. Andererseits beweist die Arbeiterschaft durch ihren regen Besuch, daß sie sich einen gesunden Sinn für unsere Kulturgüter bewahrt hat. Das morgige Konzert soll ein Deutscher Meisterabend sein, und der Dirigent, Herr Schütze, verspricht ein besonders schönes Programm. Dazu ist es gelungen, die frühere Sängerin am hiesigen Stadttheater Frau Henriette Böhmer zur Mitwirkung am morgigen Dienstag zu gewinnen. Sie wird einige populäre Lieder zum Vortrag bringen. Wer die geradezu begeisterten Kritiken über das Auftreten von Frau Böhmer in „Wittekind" gelesen hat, wird es begrüßen, daß auch der Arbeiterschaft dieser Genuß zugänglich gemacht wird. Die mit diesem Auftreten verbundenen hohen Kosten sollten aber auch jedem ein Ansporn sein, das Konzert am Dienstag zu besuchen.

Solbad Wittekind. Dienstag, 27. Juli, früh ¾7 Uhr, nachm. 4 und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Symphonie-Orchesters. Mittwoch, 28. Juli, früh ¾7 und abends 8 Uhr Konzerte des Hallischen Symphonie-Orchesters. Nachm. 4 Uhr kein Konzert. — Im Frühkonzert am Dienstag gelangen folgende Werke zur Aufführung: Gluck: Ouvertüre „Iphigenia"; Gluck-Mottl: „Ballettsuite"; Strauß: „G'schichten aus dem Wiener Wald".

Wettin. Spielausflug. Morgen, Dienstag, mittag 1 Uhr treffen sich die Kinder am städtischen Jugendheim zum Spielausflug in den Tannengarten. Trinkgefäße müssen mitgebracht werden. Die Arbeiterwohlfahrt bittet um recht rege Beteiligung.

Aus dem Gerichtssaal.

Betrug mit Hilfe eines Gerichtsurteils.

An sich kann im Zivilprozeß jede Partei falsche Behauptungen aufstellen, das ist nicht strafbar. Wenn aber durch Vorspiegelung falscher Tatsachen bei einem Zeugenbeweise im Richter ein Irrtum erregt wird, daß dieser die Gegenpartei widerrechtlich verurteilt und dadurch deren Vermögen schädigt, so ist das wohl Betrug. Dies mußte in der Schöffengerichtsverhandlung vom Freitag die 33jährige Pelznäherin Fanny K. einsehen. Sie hatte von der Wirtschafterin B. einen Auftrag erhalten auf Anfertigung eines Pelzes im Werte von 320 Mk. Die B. versuchte den Auftrag rückgängig zu machen, und die K. verklagte die B. auf einen Schadenersatz von 100 Mk. unter Armenrecht. Die B. wurde auch verurteilt, denn die K. brachte als Zeugin eine Frau H., der sie einen Pelz für 150 Mk. verkauft hatte. Und die Zeugin beschwor diese Tatsache ganz richtig und auch das, daß die K. ihr gesagt habe, sie müsse den Pelz billiger verkaufen, der sei für eine andere Dame angefertigt worden. Also hatte der Richter gar keinen Zweifel an der Rechtslage und verurteilte die Bestellerin kostenpflichtig zum Schadenersatz von 100 Mk., zumal da auch deren Anwalt nicht die Identität dieses Pelzes bezweifelte. Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

Dieser Zweifel stellte sich erst später heraus, als gegen die Näherin von einer Pelzfirma aus Berlin eine Strafanzeige wegen Betrugs und Urkundenfälschung erstattet wurde. Dort hatte die Angeklagte nämlich einen Pelz für 200 Mk. auf Abzahlung gekauft unter Anzahlung von 85 Mk. Dabei hatte sie einen falschen Wohnungsschein vorgewiesen und ihre Zahlungsverpflichtung auch mit dem falschen Namen unterzeichnet. Restzahlungen hat sie nicht geleistet. Und diesen Pelz hat sie der Frau H. für 150 Mk. weiterverkauft. Den anderen für Frl. B. hatte sie gar nicht angefertigt. Für die betrügerische Urkundenfälschung erhielt sie 2 Monate Gefängnis, für den anderen Betrug, zu dem sie sich sogar vom Gericht helfen ließ, erhielt sie 3 Monate Gefängnis, die beide in 4 Monate zusammengezogen wurden.

Das leichtsinnige Umgehen mit Schußwaffen.

Das Vergehen einer fahrlässigen Körperverletzung führte die beiden 20jährigen Arbeiter Karl E. und Karl K. und den 33jährigen Gastwirt Gustav L., alle aus Delitz am Berge, am Freitag, dem 23. Juli, auf die Anklagebank vor dem Schöffengericht Halle. Die beiden jungen Leute arbeiteten bei dem Gastwirt im Gemüsegarten. Das Hauptvergnügen des E., eines kleinen verwachsenen Menschen, war, mit dem Tesching des Gastwirts Spatzen zu schießen. Die Munition dazu mußte er sich allerdings selbst besorgen. Am 1. April hatte der junge Mann schon drei Schuß abgegeben, als ihm der Gastwirt den Schießprügel abnahm, weil er sonst nämlich überhaupt keinen Spaten mehr anrührt. Dafür wollte er aber selbst mal schießen und lud. Die Spatzen flogen aber weg, er wurde abgerufen und stellte das Tesching an die Mauer. Dies nutzte natürlich der andere junge Mann, der jetzt zurückkehrte, untersuchen. Er hatte noch nie so ein Ding in der Hand gehabt. Er fragte zwar den Arbeitskollegen, ob es geladen sei, doch er erhielt keine Antwort, da jener gerade sich mit Eifer wieder mit Graben beschäftigte. Und das Unglück wollte, daß ein Schuß gerade losging, als der kleine Paul Kittelmann durch den Garten lief. Er erhielt eine Kugel in die Brust, die heute noch nicht entfernt werden konnte. Sonst ist er wieder hergestellt und befindet sich wieder zu Hause bei den Seinen. Es lag also bei K., dem unglücklichen Schützen, eine fahrlässige Körperverletzung vor, für die er eine Geldstrafe von 60 Mk. erhielt. Wegen desselben Vergehens erhielt der Gastwirt 100 Mk., außerdem noch eine Strafe von 10 Mk. wegen unerlaubten Waffenbesitzes. Der Dritte, E., wurde freigesprochen, da anzunehmen ist, daß er die Frage wirklich überhört hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Die Unterschlagungen bei der Sparkasse in Falkenberg.

Aus Falkenberg wird uns geschrieben:

Ein ungenannter Berichterstatter des Liebenwerdaer Kreisblattes, der sein Gift auch im Schweinitzer und im Torgauer Kreisblatt verspritzt hat, fühlt sich berufen, im Namen des Gewerbevereins in obiger Angelegenheit den Amtsvorsteher Genossen Dietrich anzupöbeln. Der Gewerbeverein Falkenberg, der in F. ja so gern den Alleinherrscher spielt, der es nicht verschmerzen kann, daß in der Gemeinde und besonders in der Sparkasse seine Meinung nicht die ausschlaggebende ist, ist natürlich (d. h. nach seiner Ansicht) die berufene Instanz, über den Gemeindevorstand, die Sparkasse und das Sparkassen-Kuratorium ein Urteil abzugeben. Die Herren wollen „klarstellen, wer die Schuld trägt, daß der Kurt Werner als Kassierer der hiesigen Sparkasse eingestellt wurde, ferner wie es möglich war, daß derartige Betrügereien und Fälschungen monatelang unentdeckt bleiben konnten".

„Einmütig" haben die Herren dann zum Ausdruck gebracht, daß hier grobe Nachlässigkeit des Gemeindevorstands, des Sparkassenvorstands vorliegen muß, oder, wie es im Schweinitzer Kreisblatt heißt, „eine gewisse Lässigkeit der verantwortlichen Aufsichtsinstanzen".

O ihr Neunmalklugen! Habt ihr doch im Gemeindevorstand und im Sparkassenkuratorium zwei der eurigen sitzen, die doch in der Lage sind, euch über die „groben Nachlässigkeiten aufzuklären". Ob aber gewisse Kreise überhaupt so dringend Aufklärung wünschen? Wir glauben, daß man noch mehr etwas anderes wünscht, und um dieses unerfüllbaren Wunsches willen übt man zersetzende Kritik, nicht erst heute in dieser Angelegenheit, sondern schon seit den Maiwahlen. Nicht die Sache ist es, die man im Auge hat, sondern Personen- und Machtfragen sind die Hauptsache.

Und nun behauptet man frank und frei, „einsichtige Bürger, namentlich der hiesige Gewerbeverein, erhoben Einspruch gegen die Einstellung des Kurt Werner". Ganz abgesehen davon, daß dem Sparkassenkuratorium und auch dem Gemeindevorstand von diesem Einspruch nichts bekannt ist, diese Behauptung also eine Unwahrheit ist, ist es eine grobe Fahrlässigkeit und Pflichtvergessenheit dieser „einsichtigen Bürger (und) namentlich des hiesigen Gewerbevereins", daß sie nicht solche „einsichtigen Bürger" in die Gemeindevertretung, den Gemeindevorstand und das Sparkassenkuratorium gewählt haben; nicht zu verantworten ist es besonders vom Gewerbeverein, daß er nicht die richtigen Männer für diese Aemter ausgewählt hat. Auf der Wirtschaftsliste vom Mai 1924 prangt ja eine ganze Anzahl von Namen aus seinen Reihen, von ihm selbst namhaft gemacht. Nach dem heutigen Urteil des Gewerbevereins gehörten diese Herren Anfang 1925 schon nicht mehr zu den „einsichtigen Bürgern". Nun, die Herren müssen sich ja gegenseitig kennen. Hier sei erwähnt, daß der O. K. (Berichterstatter) des Schweinitzer Kreisblattes sich den Scherz erlaubt (oder soll es kein Scherz sein?), zu behaupten, daß der Gemeindevertreter P. Werner aus der Liste der Demokratischen Partei in die Gemeindevertretung gewählt sei. Zur Auffrischung des Gedächtnisses seien die ersten Namen des Wahlvorschlages Nr. 5, Kennwort: Wirtschaftsliste, genannt: Griehl, Kleinschmidt, Petzold, Werner. Und nun noch ein Scherz desselben „Berichterstatters": „Werner ist Mitglied des Kuratoriums als Vertreter einer „Linksmehrheit", und nun sieht man, wo solche „Interessenpolitik" hinführt. Solche Torheiten sollten doch eigentlich polizeilich nicht mehr erlaubt sein, das ist doch Inflations-Blödsinn.

Was nun die schriftliche Warnung vom 6. September 1925 betrifft, so wäre es interessant zu hören, von wem die Warnung ausging. Wer zu feige ist, seinen Namen zu nennen, darf nicht erwarten, daß sein Brief anderswo endet als im Papierkorb. Verwunderlich bleibt nur, daß die Warner, die nach dem Bericht des Kreisblattes wenigstens im Gewerbeverein sitzen, oder der Gewerbeverein selbst, der doch die Sache hat kommen sehen, nicht sein prominentes Mitglied Paul Werner aufmerksam gemacht hat, da doch nun einmal die Parteien, resp. die Gemeindevertretung den Fehler gemacht haben, lauter „unfähige Köpfe in den Gemeindevorstand und das Sparkassenkuratorium zu entsenden", während alle die überragenden Geister, die in ihrer Klugheit das Gras wachsen hören, ihre Kraft nicht zum Wohle der Gemeinde verwerten können. Es geht eben in der Welt so arg ungerecht zu (siehe Justiz).

Und wenn man der Meinung ist, daß die Ursache des Nichteingreifens des ††† Sparkassenkuratoriums darin liegt, daß der Vater des Kurt Werner selbst Mitglied des Sparkassenkuratoriums ist, so hätten seine Wähler, und dazu gehören ja die Mitglieder des Gewerbevereins, ihn rechtzeitig aus seinem Amt abberufen können. Und als im Februar 1926 die SPD.-Fraktion in der Gemeindevertretung den Vorschlag machte, den Kassierer Werner zu ersetzen durch den früheren Rendanten, warum benutzte man diese Gelegenheit nicht und lehnte den Antrag ab. Hat da nicht mancher so gehandelt in Rücksicht auf den Vater des Kurt Werner? Das Mitglied des Gewerbevereins im Gemeindevorstand wird sich wohl erinnern, daß unser Genosse Dietrich nach Ablehnung des Antrages im Gemeindevorstand ihm sagte: „Wir werden mit Kurt Werner noch unser blaues Wunder erleben."

Dem Genossen Dietrich macht man nun zum Vorwurf, daß er sich allein befugt fühlt, die Schuldfrage zu lösen, resp. die Schuld rechtsstehenden Kreisen zuzuschieben. Nein, verehrte Herren, nicht er allein fühlt sich befugt. Es ist aber wohl nicht schwer zu verstehen, daß ein Amtsvorsteher andere Möglichkeiten hat, nachzuforschen als andere Sterbliche. Was die Hinüberziehung ins Politische betrifft, so ist die Meldung des „Volksblatt" vom 22. Juli, die übrigens nur durch einen telephonischen Uebermittlungsfehler entstanden ist, schon am Sonnabend berichtigt. Wir sind Gegner davon, persönliche Verfehlungen von Einzelpersonen politischen Parteien anzuhängen, aber in der Abwehr sind wir gezwungen worden, auch dieses Mittel zu verwenden. Die Rechtspresse hat dieses schmutzige Mittel in den politischen Kampf gezogen, die Rechtspresse fast aller Schattierungen wühlt doch mit Vorliebe in diesem Schmutz. Und unser Kreisblatt, das sich erlaubt, hierbei von Hinterhältigkeit zu sprechen, hätte zu allererst Ursache, Buße zu tun. Man liest ja die Freude zwischen den Zeilen, wenn es bei gewissen Meldungen hinzusetzen kann: Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Kommt aber bei Verfehlungen ein Mitglied einer rechtsstehenden Partei in Frage, so wird das schamhaft verschwiegen. Es ist also reine Heuchelei, von Hinterhältigkeit der SPD. zu schreiben, wenn man selbst nicht einmal die Absicht hat, sich zu bessern.

Dem Berichterstatter des Kreisblattes möchten wir empfehlen, sich zu orientieren, wenn man Nachrichten in die Welt setzt. Daß Kurt Werner der Führer des Jungsturms des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist, ist eine Unwahrheit. Bei Gründung der Ortsgruppe hat er für einige Monate die Führung gehabt, seit über einem Jahre liegt die Führung in anderen Händen und hat W. mit dem Jungsturm nichts mehr zu tun.

Reichsbannerkameraden!

Zu der am 7. u. 8. August in Bitterfeld stattfindenden

Gauverfassungsfeier

werden alle Kameraden und Republikaner herzlich eingeladen, daran teilzunehmen.

Kameraden! In allen Ortsgruppen muß eine intensive Werbearbeit einsetzen. Ein Massenaufmarsch muß neue Bresche schlagen, zum Segen der Republik und für den Gedanken eines künftigen geeinigten Großdeutschland.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Ortsgruppe Bitterfeld.

Stimmungsbilder von einem Amtsgericht.

1. Angeklagt ist ein 76jähriger wegen Bettelns und Landstreichens. Er ist bereits 58mal wegen desselben Delikts vorbestraft. Nun hat ihn die Nemesis wiederum in Bilden gefaßt und seit zwei Wochen sitzt er schon in Staatsperson. Endlich hat er also wieder einmal ein Dach übern Kopf. Der harmlose Alte gibt sein Verbrechen ohne weiteres zu; denn das ist ihm ja die einzige Möglichkeit, sein Dasein zu fristen. Und nun die Urteilsbegründung des Anklagevertreters. „Wenn auch zuzugeben ist, daß ein alter Mann schwer Arbeit bekommen kann, so wäre es ihm doch möglich gewesen, bei einigermaßen gutem Willen, Arbeit zu erhalten. Ich beantrage deshalb 3 Wochen Gefängnis und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde." Der Urteilsspruch: Die Höchststrafe von 6 Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten. — Fürwahr, das ist das rechte Mittel, um die Bettelei und das Landstreichen aus der Welt zu schaffen. Ist es nicht ein Hohn? Heute, wo Hunderttausende auf der Straße liegen, darunter viele, viele Männer mit gesunden Kräften, wartet man nur auf 76 Jahre alte Männer, weil man ja keine anderen Arbeitskräfte hat.

2. Eine Mutter hat ihr Kind auf offener Straße schwer mißhandelt, was auch durch Zeugenaussagen bestätigt wird. Sie ist wegen der gleichen Straftat schon einmal vorbestraft. Das Kind ist unehelich geboren und ist fortgesetzt der schwersten Prügelei ausgesetzt. Das 6jährige Mädchen ist angeblich schwer erziehbar, obwohl im städtischen Kinderheim das Gegenteil festgestellt wurde. Bewiesen aber ist ferner, daß die Mutter sehr leicht erregbar ist. 50 Mark Geldstrafe werden als ausreichende Sühne angesehen. — Hier war Gelegenheit, dem Kinde für immer das Martyrium zu ersparen. Später wundert man sich über die Früchte solcher Erziehungsmethoden. Und das Kind wird dann für die Unterlassungssünden der Gesellschaft und die Erziehungsfehler der Mutter bestraft. Wenn die Mutter ihr Kind nicht erziehen kann, dann hat eben das Jugendamt einzugreifen, um das Kind vor schweren Schaden zu bewahren; denn das ist wohl doch der Sinn des geschaffenen Jugendwohlfahrtsgesetzes. Unheil zu verhüten und nicht erst dann eingreifen, wenn es für gewöhnlich zu spät ist.

Filmschund und Verbrechen.

In Wien stand kürzlich ein 17 Jahre alter Lehrling vor Gericht. Wegen Mordversuchs. Er hatte, um Geld rauben zu können, die Frau seines Meisters erwürgen wollen. Mit dem Gelde wollte er nach der Schweiz entfliehen, wo er schon als Kind eine Zeitlang zugebracht hatte. Er wäre aber sicher nicht auf räubmörderische Gedanken gekommen, hätte nicht ein Räuberfilm ihm dazu die Anregung gegeben. Wie er vor Gericht erzählte, hatte er am Abend vor dem Tage der Tat einen Verbrecherfilm gesehen, der die ganze Nacht auch durch seine Träume hindurch ihn gefangen hielt. Am anderen Morgen faßte er dann den verbrecherischen Entschluß. Glücklicherweise gelang der Anschlag nicht.

Die Mehrzahl der Geschworenen war einsichtsvoll genug, Milde walten zu lassen. Sie sprachen den Angeklagten in Rücksicht auf seine Jugend vom Raubmordversuch frei. Damit aber wurden die Filmindustriellen, die solche Verbrechen züchtenden Filme in die Welt setzten, zugleich als die wirklich Schuldigen gebrandmarkt. Sie aber werden dennoch nicht vor Gericht gestellt. Dem geheiligten Profit ist und bleibt es ein nicht strafwürdiges Beginnen, der Jugend den Kopf zu verdrehen und sie auf die Verbrecherbahn zu treiben.

Auch in unserem Verbreitungsgebiet gibt es eine ganze Reihe von Lichtspielhäusern, in denen derartige kulturschändende und die Jugend verderbende Filme abgerollt werden. „Jugendlichen ist der Zutritt verboten," heißt es zwar in sehr vielen Fällen. Aber wann wäre diese Bestimmung so beachtet worden, daß sie als Schutz der Jugend wirken könnte?

Und die öffentliche Kritik z. B. der bürgerlichen Presse? Wo bleibt sie, wenn derartige Räuber- und Verbrecherfilme laufen? Sie schweigt. Sie weiß nur Lärm zu schlagen, wenn Filme wie „Die Hexe", „Die Schmiede", „Freies Volk" oder „Panzerkreuzer Potemkin" gezeigt werden. Und hier oft mit der ausgesprochenen Begründung der jugendverderbenden Wirkung. Daß aber die Detektiv- und sonstigen Schundfilme besser der Ertüchtigung der Jugend dienen, als die im vorstehenden einzeln genannten, wird man doch wohl nicht zu behaupten wagen, es sei denn, daß man die Jugend im Sinne der Hakenkreuz- und Fememordpraktiken ertüchtigen will.

Mitschuldig sind aber auch alle die, die die Kinos bei dem Ablauf solcher Filme füllen, und den Filmindustriellen so immer wieder Gelegenheit geben, mit dem Aufführen der bestialischen Seiten im Menschen gute Profite zu machen. „10 Prozent sicher, dann kann man es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinem Fuß; 300 Prozent und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens." Das hatten schon bürgerliche Kritiker des Kapi-

---

Der Mann aus Montevideo.

Kriminalroman von T. C. Bridges.

Copyright by Greiner u. Komp. Berlin W. 30.

34] (Nachdruck verboten.)

Und nun erzählte sie ihrerseits, wie sie und Jaspar nach London gefahren waren und gleich die Herrschaften in Jermynstreet besucht hätten und von ihrer Unterhaltung mit Bassett.

„Jaspar, erzählte mir dann," fuhr sie fort, „daß alles, was Bassett gesagt hätte, reinste Lüge gewesen sei. Damals glaubte ich es noch nicht recht, aber nachdem ich jetzt beine Geschichte gehört habe, sehe ich, daß Jaspar vollkommen recht hatte. Und ich zweifle auch nicht im geringsten, daß Bassett mit Peasley unter einer Decke steckt und ihn veranlaßt hat, dich bewußtlos zu machen und zu berauben. Du solltest ein für allemal aus dem Wege geräumt werden. Es ist ja auch klar, wenn er dich ohne einen Pfennig Geld nach Südamerika transportiert hätte, wäre er dich für immer los gewesen."

„Dann ist vielleicht die ganze Sache ein Schwindel, Joyce? Vielleicht ist Tudor Carr auch ein Betrüger? Aber bedenke, daß Calvert und der gerichtliche Sachverständige die Papiere Tudors für unantastbar gehalten haben."

„Tudor Carr kann dein rechter Vetter sein," entgegnete Joyce, „dir brauche ich doch nicht erst zu erzählen, daß hinter Bassett ein Schwindel steckt. Du selbst hast ihn als den früheren Zuchthäusler Holt wiedererkannt. Oh, Peter, er ist ein entsetzlicher Mensch!"

„Er geht über Leichen," sagte Peter grimmig. „Aber dessen ungeachtet, Joyce, für mich ist die ganze Sache unbegreiflich. Und noch weniger weiß ich, wer meinen armen Onkel ermordet hat."

Joyce schüttelte ihren Kopf. „Ich stehe ebenso vor einem Rätsel wie du, Peter," sagte sie. „Wenn Tudor Carr aus Südamerika kam, wie kiel er dann in die Hände von Bassett, von dem wir doch genau wissen, daß er erst vierzehn Tage vorher aus dem Gefängnis entwichen war."

„Es ist ein hoffnungsloser Fall," erklärte Peter. „Ich kann weder Hand noch Fuß drin finden. Wenn ich nur Geld hätte, würde ich selbst nach Montevideo fahren und dort versuchen, die Wahrheit an den Tag zu bringen."

„Warum soll nicht Jaspar fahren?" rief Joyce aus. „Wenn irgendeiner, würde er die Geschichte ausfindig machen."

„Jaspar?" erwiderte Peter erstaunt. „Aber, liebstes Mädchen, wie kann ich ihn darum bitten? Das wird mindestens hundert Pfund kosten."

Joyce sah ihn traurig an.

„Ja, sicherlich kostet es soviel, und jetzt, wo unser Vater alles verloren hat, haben wir, Jaspar und ich, gerade noch das bißchen eigene Geld, das von unserer Mutter stammt. Und das brauchen wir, um zu Hause alles in Ordnung zu halten."

Peter starrte sie an.

„Dein Vater hat all sein Geld verloren. Ja, um Gottes willen, wie denn? Davon wußte ich ja gar nichts."

„Diese verwünschte Zinn-Mine ist schuld. Erinnerst du dich an die Wheal Miriam?"

„Ja, ich weiß, dein Vater sprach davon. Aber ich hatte ja keine Ahnung, daß er mit seinem ganzen Vermögen an der Spekulation beteiligt war."

„Ja, und wie hoch er sich beteiligt hat, Peter," erwiderte Joyce mit traurigem Lächeln. — „Höher gings schon nicht mehr. Er hat so schwere Verluste gehabt, daß wir gezwungen gewesen wären, Otter's Holt aufzugeben, wenn uns die 500 Pfund, die Jaspar und ich jährlich als Zinsen bekommen, nicht davor bewahrt hätten."

„Oh, mein liebstes Mädchen!" sagte Peter. „Das tut mir bitter leid."

Aber Joyce hatte schon wieder ein tapferes Lächeln auf den Lippen.

„Schließlich hätte es ja noch schlimmer kommen können. Wenigstens können wir uns so halten, und das ist die Hauptsache. Das Schlimmste an der Sache ist nur, daß Vater nun alle erdenklichen Anstrengungen macht, um mich zu einer reichen Heirat zu bewegen."

Peter fuhr zusammen.

„Mit wem?" fragte er schnell.

„Kannst du es nicht erraten?" fragte Joyce — „mit Herrn Paul Bassett."

Peter sprang hoch.

„Mit Bassett. Himmelherrgott. Joyce! Ja, ist dein Vater denn wahnsinnig?"

Bevor er auch nur ein Wort sagen konnte, klopfte es an der äußeren Tür. Joyce hob warnend den Zeigefinger.

„Ruhig, Peter! Das wird Jaspar sein."

Einen Augenblick schöpfte Peter tief Atem, dann wandte er sich schnell und öffnete die Tür.

Er fuhr zurück. Nicht Jaspar, sondern Fräulein Lascelles selbst stand vor ihm.

XXV.

Die gute Patentante.

Peter war so erschrocken, daß er kein Wort hervorbringen konnte. Das Blut stieg ihm bis an die Schläfen und er stand stumm in schrecklischer Verlegenheit. Was Fräulein Lascelles denken würde, wenn sie Joyce mit ihm allein in seinem Häuschen finden würde, war ihm schlechterdings.

Von allen dreien war Fräulein Lascelles selbst die ruhigste. „Nun, Joyce?" fragte sie, indem sie nicht Peter, sondern nur das junge Mädchen ansah.

Joyce, die im ersten Augenblick ebenso verlegen gewesen war, wie Peter, hatte sich schnell wieder gefaßt.

„Bitte, sei nicht böse, Cousine Anne," sagte sie. „Peter und ich waren seit einiger Zeit schon verlobt." Fräulein Lascelles zog die feinen Augenbrauen hoch.

„Und wer könnte dieser Peter sein?" sagte sie.

„Es ist alles mein Fehler, Fräulein Lascelles," rief Peter. „Obgleich ich mich hier Latham nannte, ist mein richtiger Name Peter Carr."

„Peter Carr!" Jetzt war die Reihe des Erstaunens an Fräulein Lascelles. „Sie meinen doch damit nicht, daß Sie Sir Anthonys Neffe sind?"

„Doch, der bin ich," sagte Peter ruhig.

Dann wandte er sich an Joyce.

„Ich schuldete Fräulein Lascelles Aufklärung, Joyce."

„Du kannst Cousine Anna alles erzählen," erklärte Joyce. „Bei ihr ist das Geheimnis gut aufgehoben und kommt nicht weiter herum, dafür garantiere ich."

„Joyce hat wirklich recht," sagte Anna Lascelles. „Sie können sich auf meine Diskretion verlassen."

So stürzte sich Peter wieder in seine Erzählung. Er schilderte sie mit allen Einzelheiten, wie Joyce gegenüber, sondern gab sie nur in kurzen scharfen Umrissen wieder. Aber er schonte sich selber nicht, und Joyce war im stillen stolz auf ihn, daß er nicht versuchte, die Geschichte mit den 800 Pfund in ein besseres Licht zu rücken.

Ohne ihn zu unterbrechen, hörte Fräulein Lascelles gespannt zu. Als Peter geendet hatte, holte sie tief Atem.

„Auf mein Wort, Herr Carr, ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Ich wußte wohl, daß Sie nicht einer der üblichen Wildhüter wären, aber ich muß bekennen, nie ist es mir in den Kopf gekommen, daß Sie vielleicht der vermißte Zeuge oder Sir Anthonys Neffe wären."

„Und nun nehme ich an, wollen Sie mir sagen, daß Sie meiner Dienste weiterhin nicht mehr bedürfen," sagte Peter traurig.

Fräulein Lascelles lächelte.

„Im Gegenteil, ich könnte keinen besseren Wildhüter haben, Herr Carr. Denken Sie auch daran, Sie können Joyce mit dem Verdienst, den Sie bei mir haben, nicht heiraten."

„Ich weiß das wohl," sagte er mit leiser Bitterkeit, „aber es scheint die einzige Tätigkeit zu sein, für die ich passe."

Joyce fiel ihm ins Wort.

„Höre, Cousine Anna. Peter hat sich verborgen gehalten und wollte nicht einmal mich wissen lassen, daß er noch am Leben ist, weil er sich schämte, das Geld genommen zu haben. Meiner Ansicht nach ist alles nur eine Falle dieses widerlichen Bassett, und Jaspar glaubt sogar, daß Bassett mit dem Tode Sir Anthonys etwas zu tun hat. Ich schlage nun vor, Jaspar und ich versuchen, diesem Geheimnis auf den Grund zu kommen, während du so gut bist, Peter hier zu behalten. Vielleicht stellt sich heraus, daß Peter doch der rechte Erbe ist."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192607 26-10/fragment/page=0006

talismus um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erkannt. Aber die kapitalistischen Profitjäger haben sich wegen solcher Kritik noch viel weniger graue Haare wachsen lassen, als um die Verbrechen, die der Profitgier zuliebe von ihnen immer wieder begangen wurden. Und auch die heutigen Schundfilmindustriellen werden sich den Teufel um die verderblichen Folgen ihrer Produktion scheren, solange sie dabei fette Dividenden ergattern können. Die Hilfe muß von unten kommen, dadurch, daß die Arbeitermassen es ablehnen, ein Kino, das solche Machwerke vorführt, zu besuchen. Dann schwindet der Profit und mit ihm das Interesse an solcher verbrecherischen Kitschproduktion. Denn „das Kapital hat einen Abscheu vor der Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere." Und das Filmkapital nicht minder, wie ein irgend anders angelegtes. Darum, Proletarier, meidet den Schund!

Schildau-Sitzenroda. Nachdem es auch in dieser schwärzesten Ecke des Kreises Torgau möglich gewesen ist, eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ins Leben zu rufen, fand am Sonntag die erste Veranstaltung in Form einer republikanischen Werbeversammlung statt. Nachmittags setzte sich ein für die dortigen Verhältnisse stattlicher Festzug in Bewegung, um unter Vorantritt einer Musikkapelle durch den Ort zu marschieren. Am Gefallenendenkmal fand zunächst eine kurze Gedenkfeier für die im Weltkriege gefallenen Kameraden statt, bei der Kamerad Franke einige Gedenkworte sprach. Auf dem Festplatz angekommen, hielt Kamerad Künne (Halle) die Festrede. Er ermahnte die Kameraden, die Gefahren, die der Republik drohen, nicht zu übersehen und alle Kräfte anzuspannen, um eine starke Schutzwehr für die Republik, die nur auf den Schutz der Republikaner angewiesen sei, zu schaffen. Mit einem Treuschwur auf die Republik und die Farben Schwarz-Rot-Gold schloß die Ansprache. Eine gesellige Veranstaltung schloß sich dieser Kundgebung an.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 26. Juli 1926.

Nebra. Das Baden an verbotener Stelle brachte einen Schüler in Gefahr, in der Unstrut zu ertrinken. Glücklicherweise konnte ihm ein älterer auswärtiger Schulknabe Hilfe bringen und ihn aus den Fluten retten. Hoffentlich läßt er sich — und viele andere mit — den Fall zur heilsamen Lehre dienen.

Rößen. Vielfacher Lebensretter. Zu unserer kürzlichen Meldung, daß der Maurer Hoffmann unter eigener Lebensgefahr ein 18jähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens rettete, indem er die verzweifelnd um sich Schlagende an den Haaren packte und so zum Ufer zog, ist noch hinzuzufügen, daß Hoffmann damit bereits das vierte Menschenleben vom Tode des Ertrinkens rettete.

Schkeuditz. Stadtverordnetensitzung. Schon die äußeren Anzeichen, überfüllte Tribüne und trotz Ferienzeit vollzähliges Kollegium, deuteten auf etwas Besonderes hin. In geschlossener Sitzung sollte über die Bewilligung von Mitteln und unentgeltliche Hergabe von Land zur Errichtung eines Flughafens in Schkeuditz verhandelt und beschlossen werden. In einer interfraktionellen Sitzung war schon ausgiebig über diese Angelegenheit beraten worden. Ausgerechnet der Ordnungsblock beantragte diesen Punkt in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Vom Bürgermeister wurde scharf widersprochen. Mit den Stimmen des Ordnungsblockes und der KPD. wurde diesem Antrage aber stattgegeben. Es war aber nur ein Manöver, was da aufgeführt wurde. Ordnungsblock und KPD. waren übereingekommen, nach Verlesung des Magistratsantrages in keine Diskussion einzutreten. Es war eine vollständige Irreführung der Oeffentlichkeit. Nach Entgegennahme einer selbstverständlichen Erklärung der KPD., die Einstellung von Arbeitskräften bei den entstehenden Arbeiten des Flugplatzes betreffend, wurde die Magistratsvorlage einstimmig angenommen. Danach stellt die Stadtgemeinde Schkeuditz 60 Morgen Feld unentgeltlich zur Verfügung, zahlt 100 000 Mark bar in fünf Jahresraten zu je 20 000 Mark, baut die Nordstraße aus, verlegt den Werlitzscher Weg und die elektrische Starkstromleitung, zusammen ein Objekt von mehr als 300 000 Mark. Bei der herrschenden Wirtschaftskrise ist in Schkeuditz die Hälfte der Arbeiterschaft Kurzarbeiter oder Erwerbslose. Dieses Projekt soll fühlbare Erleichterung schaffen. — Durch Verfügung der vorgesetzten Behörde, der hiesigen Volksschule, ist die KPD.-Jugend ohne Heim. Dem soll durch Schaffung eines Jugendheimes in den Räumen des Bahnhofshotels abgeholfen werden. Die dazu erforderlichen Mittel wurden einstimmig bewilligt, desgleichen die Mittel zur Errichtung einer Transformatorenstation im städtischen Elektrizitätswerk, die notwendig geworden ist für das neu errichtete städtische Wasserwerk. — Die Räume der hiesigen Volksschule und Berufsschule sind seit Jahren nicht mehr ausreichend. Lange schon haben sich die betreffenden Kommissionen mit der Schaffung neuer Räume beschäftigt, um den unbedingt notwendigen Anforderungen der Schule zu genügen. Aus finanziellen Gründen mußte aber stets Abstand genommen werden. Eine Vorlage, vertreten durch den Genossen Petzold, sieht den Anbau zweier Flügel an der Vorderfront des alten Schulgebäudes vor. In jedem Flügel sollen drei modern eingerichtete Klassenzimmer untergebracht, und in den Kellerräumen soll ein so dringend notwendiges Schulbad errichtet werden. Einstimmig wurde auch dieser Vorlage zugestimmt. Ein Antrag der KPD., den Ankauf des Rentengutes in Kursdorf betreffend, und Anträge der Erwerbslosen wurden dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Mansfelder Lande.

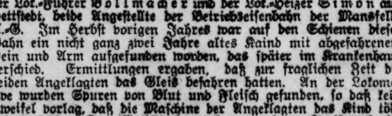
Eisleben, den 26. Juli 1926.

Ein Freispruch. Wegen fahrlässiger Tötung angeklagt waren der Lok.-Führer Bollmacher und der Lok.-Heizer Simon aus Hettstedt, beide Angestellte der Betriebseisenbahn der Mansfeld-A.-G. Im Herbst vorigen Jahres war auf den Schienen dieser Bahn ein nicht ganz zwei Jahre altes Kaind mit abgefahrenem Bein und Arm aufgefunden worden, das später im Krankenhaus verschied. Ermittlungen ergaben, daß zur fraglichen Zeit die beiden Angeklagten das Gleis befahren hatten. An der Lokomotive wurden Spuren von Blut und Fleisch gefunden, so daß kein Zweifel vorlag, daß die Maschine der Angeklagten das Kind tödlich verletzte. Das Gericht kam aber zu einem Freispruch, da nicht festgestellt werden konnte, wie das Kind zur Unglücksstelle gekommen war, der Heizer nicht verantwortlich gemacht werden konnte, da seine eigentliche Arbeit die Versorgung der Lokomotivfeuerung mit Brennmaterial sei, und dem Lokomotivführer mangelnde Aufmerksamkeit nicht nachgewiesen werden konnte.

Wegen Notzucht wurde in nichtöffentlicher Sitzung des erweiterten Schöffengerichts, das diesmal in Hettstedt tagte, der bereits mit Zuchthaus vorbestrafte Hüttenarbeiter Schmidt aus Augsdorf zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe wurde mit früher erkannten vier Jahren zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus zusammengezogen.

Wetter-Voransage

Dienstag: Ziemlich warm, wolkig, zeitweise heiter, Regen, Gewitter.
Mittwoch: Abwechselnd heiter und wolkig. Temperatur wenig verändert, Regenschauer, teilweise Gewitter.



Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Großstädten.

Mitte 1926 waren unter 1000 Deutschen 28,0 Hauptunterstützungsempfänger (gegen 3,7 am 1. Juni 1925). Die meisten Erwerbslosen gibt es in den Hauptsitzen der Textil-Industrie, so in München-Gladbach (73,6) und Plauen (70,7). Während die Hauptindustriegebiete (Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Sachsen, Hessen, Berlin und Hansestädte) eine Erwerbslosenziffer von durchschnittlich 38,4 aufweisen, ist sie in den Hauptagrargebieten (Ostpreußen, Grenzmark, Pommern, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg) im Durchschnitt nur 13,7.

Gewerkschaftliches.

Erwerbslosenversicherung statt der Fürsorge!

Naturgewalt gilt nicht, nur Kriegsfolge.

Die Hochwasserkatastrophe an der Elbe und der Oder hat auch die bei der Wasserstraßenverwaltung beschäftigten Arbeiter betroffen. Die Arbeit wurde eingestellt, die Arbeiter wurden arbeitslos. Während fast alle Arbeitsämter den Wasserbauarbeitern die Erwerbslosenunterstützung gewährten, will das Arbeitsamt Wolmirstedt die Unterstützung erst nach einer Karenzzeit von vier Wochen gewähren. Auf erhobene Beschwerde wurde nachfolgende Antwort erteilt:

Arbeitsamt. Wolmirstedt, den 9. Juli 1926.

Auf die Beschwerde der Wasserbauarbeiter Gutsche, Behrend, Paseia aus Uetz, Bigalski, Sandfurth und Jädtke, Ringfurth, wird mitgeteilt, daß die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung nicht abgelehnt wurde, weil die vorbenannten Personen Saisonarbeiter seien, sondern weil die jetzige Erwerbslosigkeit nicht auf Kriegsfolge, sondern auf Naturgewalt (Hochwasser) zurückzuführen ist.

Diese Entscheidung ist erst auf vorherige Anfrage bei der Regierung in Magdeburg getroffen worden. Die Beschwerde wird daher als unberechtigt zurückgewiesen.

Der Vorsitzende, gez. Böttger, Landrat.

An die Verwaltungsstelle des Deutschen
Verkehrsbundes
in Magdeburg, Stephansbrücke 38.

Diese Entscheidung ist engherzig und unsozial. Sie entspricht wohl dem Buchstaben der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, aber nicht ihrem Sinne. Die Wasserbauarbeiter sind allerdings infolge der Hochwasserkatastrophe erwerbslos geworden. Allein sie bleiben auf absehbare Zeit eben nur deshalb erwerbslos, weil als Folgewirkung des Krieges die Erwerbslosigkeit einen ungeheuren Umfang genommen hat, so daß es den arbeitslosen Wasserbauarbeitern einfach unmöglich ist, andere Arbeit zu finden. Das Moment der Selbstverschuldung, mit dem selbst bei einer Erwerbslosenversicherung noch operiert werden soll, scheidet in diesem Falle doch vollkommen aus. Auch die Löhne der Wasserbauarbeiter sind nicht derart, daß sie nennenswerte Ersparnisse machen können. Sollen die erwerbslos gewordenen Arbeiter mit ihren Familienangehörigen etwa vier Wochen lang hungern?

Ihre Abweisung ist um so unverständlicher, als die nicht unmittelbar in ihrer Ernährung, sondern in ihrem Besitz durch das Hochwasser geschädigten Landwirte entschädigt werden, während hier den Arbeitern nicht einmal teilweise der Verlust ihrer Erwerbsmöglichkeit entschädigt werden soll.

Wir erwarten, daß das Reichsarbeitsministerium unverzüglich eingreift und die Korrektur dieses unsozialen Entscheids veranlaßt. Der Vorfall zeigt aufs neue, daß die Erwerbslosenfürsorge unzulänglich ist und durch die Erwerbslosenversicherung abgelöst werden muß.

Reform des Arbeitsnachweises!

Die Reformbedürftigkeit der Arbeitsnachweise ist noch nie so grell in die Erscheinung getreten, wie in diesen Tagen der Massenarbeitslosigkeit. Gewiß, auch die Arbeitsnachweise können nicht zaubern und Arbeit aus dem Boden stampfen, wenn man von oben her in der großen Wirtschafts- und Arbeitskrise die Dinge hat zu weit treiben lassen. Aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich mehr Arbeit zu vermitteln wäre, wenn die Arbeitsnachweise sich wirklich der Arbeitsvermittlung widmen könnten. Die Arbeitsnachweise sind zum größten Teil heute mit der Fürsorge, mit dem Stempeln, mit dem Auszahlen und dgl. überlastet und können daher für die eigentliche Aufgabe der Arbeitsbeschaffung nur sehr wenig tun. Es rächt sich jetzt, daß man nicht frühzeitig entsprechend den Forderungen der freien Gewerkschaften eine Reform der Arbeitsnachweise durchgeführt hat.

Der Fehler liegt in der Verzettelung des Arbeitsnachweiswesens. Wir haben zu viel kleine Nachweise, die nur wenig leisten können. Was wir brauchen, sind größere Nachweisbezirke und Besetzung dieser größeren Arbeitsnachweise mit fachlich geschultem und gut bezahltem Personal. Die Arbeitsnachweisleiter müssen Aufstiegmöglichkeiten haben. Es muß der Anreiz gegeben sein, daß Leute mit Initiative, Tatkraft und kaufmännischem Sinn in den Beruf der Arbeitsvermittlung hineingehen. Die Arbeitsvermittler müssen Arbeit suchen und dafür auch in technischer Hinsicht gut ausgerüstet sein. Jedem Arbeitsvermittler in ländlichen Bezirken gehört ein Motorrad, damit er an die Arbeitsstellen und Arbeitgeber herankommt. Für die Beschaffung von Frauenarbeit brauchen die Nachweise weibliche Vermittlungskräfte. Der jetzige viel zu bureaukratisch aufgezogene Arbeitsnachweisapparat ist veraltet. Wenn man auch nicht von heute auf morgen den gesamten Aufbau der Arbeitsnachweise umkrempeln kann, so kann man doch wenigstens in der Richtung der Forderungen der Gewerkschaften, d. h. auf stärkere Zusammenfassung des verzettelten Arbeitsnachweiswesens, hinarbeiten.

Die Finanzfrage ist kein unlösbares Problem, da schon jetzt die Kosten zu zwei Dritteln aus der Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Erfreulich ist, daß endlich auch der Städtetag und zum Teil auch die Landgemeinden den gewerkschaftlichen Forderungen beipflichten. Der Arbeitsnachweis muß heraus aus der bureaukratischen Tradition und Bevormundung und auf eigene Füße gestellt werden, damit er den sozialpolitischen Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden kann. Von Gemeinden, die die Aufgaben eines Arbeitsnachweises so nebenbei erledigen lassen, und von Landräten, die sich vor dem Armeleutegeruch des Arbeitsnachweiswesens fürchten, ist nichts zu erwarten.

Wochenende nach englischem Muster.

Der preußische Wohlfahrtsminister erklärte dieser Tage zu der jetzt besonders in Berlin stark diskutierten Frage der Neugestaltung der Arbeitsverhältnisse am Wochenende nach englischem Muster, daß er es begrüße, wenn diese Angelegenheit von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite ernsthaft erwogen werde. Die mit der Rationalisierung der Betriebe und der Vervollkommnung der Technik verbundene Steigerung der Arbeitsleistung zwinge zu einer vermehrten Aufmerksamkeit gegenüber der Erhaltung der Arbeitskraft. Zur Schonung der Arbeitskräfte trage eine bessere Ausgestaltung des Wochenendes viel bei.

Es ist so gut wie selbstverständlich, daß zur Wiedergutmachung auf gesundheitlichem Gebiet die Einführung eines regelrechten Wochenendes, d. h. die Verkürzung der Sonnabendarbeit, vor allem in den Großstädten notwendig ist. Wenn England mit seinem weniger scharfen Arbeitstempo sich ein Weekend leisten kann, dann darf Deutschland, das viel schärfere Arbeitsmethoden kennt, und dessen Arbeiterbevölkerung durch Krieg und Inflation gesundheitlich schwer mitgenommen worden ist, nicht zurückbleiben. Englische Verhältnisse können natürlich nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen werden. Aber wenn man die ausfallende Arbeitszeit vom Sonnabend einfach schematisch auf die übrigen fünf Arbeitstage verteilen will, dann werden für viele Arbeiter und Angestellte, besonders in den Großstädten, unmögliche Situationen herauskommen. Viele Angestellte und Arbeiter haben in den Städten sehr weite Wege von ihrer Wohnung bis zu ihrer Arbeitsstätte zurückzulegen, oft bis zu 1, 1½ und 2 Stunden. Diese Arbeitskräfte kämen bei einer einfachen Verteilung der ausfallenden Arbeitszeit vom Sonnabend auf die Woche überhaupt nicht mehr nach Hause. So geht es also nicht. Ein Ausweg aus den Schwierigkeiten muß jedenfalls gefunden werden.

Es sollte Sache des Reichsarbeitsministeriums sein, bereits im Arbeitsschutzgesetz die Weekendfrage praktisch zu lösen. Dieses Gesetz wird allerdings erst im nächsten Jahre verwirklicht werden. Aber für die Schaffung eines Weekend ist es ja dieses Jahr sowieso zu spät, da der Sommer bald vorüber sein wird.

Wie wir erfahren, wird in dieser Woche der Wirtschafts- und sozialpolitische Ausschuß des Afa-Bundes zu der Wochenendfrage Stellung nehmen.

Amerikanische Bergarbeiterführer besuchen Deutschland. Ende dieser Woche werden der Präsident des amerikanischen Bergarbeiterverbandes von West-Virginia, Tetlow aus Charleston (West-Virginia), sowie der Präsident des 9. Distrikts des Hartkohlenbezirks Golden aus Schanokin (Pennsylvanien), dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum einen Besuch abstatten, um im Revier die Verhältnisse im deutschen Bergbau zu studieren. Der Besuch der amerikanischen Bergarbeiterführer, die als Gäste an den Pariser Verhandlungen der Bergarbeiterexekutive teilgenommen haben, dürfte für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Bergarbeiterverband von größter Bedeutung sein.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 452).

Dienstag: 3 bis 4 Uhr: Uebertragung von Königswusterhausen. 4.30 bis 6 Uhr: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr: Ernst Heinrich Schrenzel: Abessinien. 7 bis 7.30 Uhr: Prof. Dr. Hans Driesch: „Das Freiheitsproblem". Dritter und letzter Vortrag. 7.45 Uhr: Lustiger Abend. 9 bis 12 Uhr: Tanzmusik. Dazwischen (etwa 9.45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.

Königswusterhausen (Welle 1300).

Dienstag: 3 bis 3.30 Uhr: Spanisch. 3.30 bis 4 Uhr: Carola Lobde: Scharf, unscharf, hart, weich. 4 bis 4.30 Uhr: Marie Kundt: Im eigenen Heim — bitte recht freundlich. 4.30 bis 5 Uhr: Mitteilungen. 5 bis 5.30 Uhr: Anni Macke: Märchen von Tieren. 5.30 Uhr: Film-Manuskripte.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft u. Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Lokales und Kommunalpolitik: V. V.: Alfred Wielepp; für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Hertz; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H.
Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219260726-10/fragment/page=0007

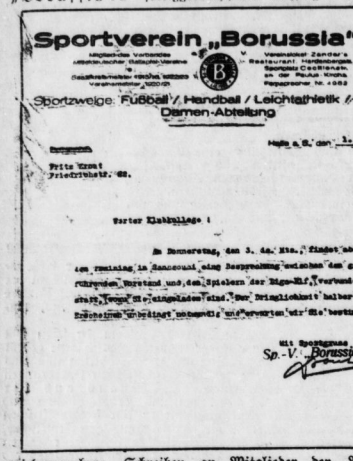
Sport und Spiel

Halle schlägt Erfurt 4 : 3.

„. . . verbunden mit Essen."

Es ist schon oft dargelegt worden, mit welchen Mitteln der bürgerliche, sogenannte neutrale und unpolitische Sport arbeitet, um sich künstlich hochzuzüchten. Eines der beliebten Mittelchen ist die Kanonenzüchterei. Wo nur irgendein tüchtiger Spieler zu finden ist, sind schon gleich ein paar Vereinsleitungen dabei, ihn für sich zu ergattern. Ist er ein armer Teufel, dann greifen die Vereinsprotektoren in ihre meist reichgefüllten Taschen, statten ihn aus, lassen ihn die Annehmlichkeiten dieses Erdenlebens kosten, ja verschaffen ihm sogar in den meisten Fällen eine Existenz. Unzählig sind die Fälle, wo tüchtige Fußballspieler in angenehme Positionen gebracht wurden, nur um sie einem Verein zu erhalten, oder wo man solchen Spielern kleine Geschäfte, meist in der Zigarrenbranche, eingerichtet hat.

Solche Mittel wendet man auch in Halle an, das nach dem Willen der bürgerlichen Sensationspresse sich sogar den Titel „Sportstadt" beigelegt hat. Hier hat es u. a. der Sportverein „Borussia 02" fertiggebracht, das nachfolgende, im Original


Sportverein „Borussia" 02
Mitglied des Verbandes deutscher Arbeiter-Turn- und Sport-Vereine
Vereinslokal Zander's Restaurant, Hardenbergstr. 9 Spielplatz: an der Reuschen Mühle
Fernsprecher: 3201-03
Sportzweige: Fußball / Handball / Leichtathletik / Turnen
Damen-Abteilung
Halle a. S., den 1. Juni 1926.
Fritz Kroll
Friedrichstr. 68.
Werter Kameraden!
Am Donnerstag, den 3. ds. Mts., findet abends nach dem Training in Zanders' eine Besprechung zwecks Ausführung verschiedener Vorstand und den Spielern der Alte-Mannschaft "verbunden" mit Essen, statt. Wegen der eingeschränkten Zeit, der Wichtigkeit halber ist Ihr Erscheinen unbedingt notwendig, wir erwarten Sie bestimmt.
Mit Sportgruß
Sp.-V. „Borussia"

wiedergegebene Schreiben an Mitglieder der Arbeitersportbewegung zu verschicken. Die tüchtigen Arbeitersportler werden darin aufgefordert, an einer Besprechung teilzunehmen mit anschließendem Essen. Man lockt sie mit leiblichen Genüssen wie den Hund mit der Wurst, setzt sie dabei unter Alkohol und glaubt sie dann im Alkoholdusel für die bürgerliche Sportbewegung zu gewinnen. Das sind Methoden, von denen ein offener und ehrlicher Mensch deutlich abrückt. Solche Methoden grenzen hart an Bestechung. Im vorliegenden Fall haben die bürgerlichen Matadore allerdings kein Glück gehabt, indem der betreffende Sportler, der das Schreiben erhielt, soviel Klassenbewußtsein besaß, nicht darauf einzugehen, sondern den unsittlichen Antrag seiner Sportbehörde zur Verfügung zu stellen. Da wir erfahren haben, daß, nachdem von einer anderen hiesigen Zeitung bereits der Vorfall einmal dargestellt worden war, der Sportverein „Borussia 02" erklärt haben soll, die ganze Angelegenheit beruhe auf Schwindel, ja, er wolle sogar klagbar vorgehen, veröffentlichen wir jetzt das Faksimile des Originals, so daß alle Ausflüchte damit widerlegt werden und die Bauernfängerei der bürgerlichen Sportbewegung vor aller Oeffentlichkeit gebrandmarkt ist.

Ueber Sportfeste und deren Organisation.

Der größte Feind jeden Festes ist die Langeweile. Dies gilt für Sportfeste nicht minder wie für alle Veranstaltungen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, viele Menschen zu unterhalten.

Man sage nicht, daß es den Sport herabwürdigen heißt, wenn man ihn zur Unterhaltung. Selbstverständlich ist der Sport mehr als bloße Unterhaltung. Nämlich für die, welche ihn ausüben. Und allenfalls für die, welche „sachverständig" sind. Neben diesen Wenigen stehen aber die großen Massen derer, die weder zu den einen noch zu den anderen schören. Und die der Sport trotzdem braucht. Der Arbeitersport ganz besonders. Ist es denn kein Gewinn für die sozialistische Bewegung in ihrer Gesamtheit, wenn die großen Massen der werktätigen Bevölkerung ihren Sonntagnachmittag, statt in rauchiger Kneipe, auf dem Sportplatz zubringen, sei es auch mit dem „bloßen" Zuschauen? Es ist der Fehler vieler aktiver Sportler und Organisatoren von Sportfesten, daß sie alles gewissermaßen durch die Brille sportlicher Fachsimpelei sehen und viel zu wenig Rücksicht auf die Wünsche des Zuschauers nehmen. Sie machen Voraussetzungen, die auf den allergeringsten Teil des Publikums bei einem Sportfeste zutreffen. Man sollte die Leute, denen es, auch ohne besondere Fachkenntnisse, eine Freude ist — und es ist ihnen eine Freude! — einem sportlichen Wettkampf zuzusehen, nicht verächtlich ignorieren. Man tut diesen Menschen damit sehr unrecht. Die vielen Genossinnen, die sich nach der Wochenplackerei auf den Sportplätzen einfinden, sind für unseren Arbeitersport auch als bloße Zuschauerinnen außerordentlich bewertvolle Personen. Man darf ihnen aber keineswegs das Interesse und die Sachkenntnis an Kämpfen zumuten, die manchen „Besessenen", so er nicht Vereinsfanatiker ist (solche gibt's sogar im Arbeitersport!), sondern den Wettkampf von größeren Gesichtspunkten aus betrachtet, langweilen. Man sollte von seiten der Organisationsleitung vielmehr darauf bedacht sein, die Leute, die aus Freude am Zusehen zum Sportfest kommen, zu interessieren, zu fesseln, sie zu permanenten Besuchern der Sportplätze zu machen. Bei dieser „Erziehung des Publikums" ist aber die erste Forderung: Verbannung der Langeweile! Das bedeutet nicht nur, Einzelwettbewerbe von dreistündiger Dauer unter allen Umständen zu vermeiden, sondern auch, die Nichtsachverständigen durch eine kurze und gute Erklärung, die man zu Beginn des Kampfes durchs Sprachrohr (das niemals fehlen sollte) gibt, zu „Sachverständigen" zu machen.

Wieviele wissen denn, worauf es bei einem Rennen nach Sechstageart ankommt? Wieviele haben einen Begriff von einem Verfolgungsrennen oder -laufen, bei dem der Vierte gewertet wird? Kurze und bündige Erklärungen und im übrigen möglichste Anschaulichkeit des Vorgeführten. Lebhafte Farben wählen für die Mannschaften, die scharf kontrastieren und die Gegner, auch ohne daß man sie persönlich kennt, unterscheiden läßt! Und, wie gesagt, Abwechslung in den Darbietungen! Es ist nicht ausschlaggebend, daß überhaupt etwas geboten wird, sondern stets wie es geboten wird. Die Frage sollten sich alle technischen Leitungen von Wettkämpfen vorlegen: Wie unterhalten wir unsere Zuschauer und wie fesseln wir sie an uns?

Vielleicht hat das Vorstehende einige Anregungen gegeben, in welcher Weise diese Frage zu beantworten ist. G. H.

Das „Volksblatt" ist amtliches Organ des 6. Bezirks, 2. Kreis ATSB.

Bundestag des ATSB.

SPD. **Hamburg**, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonnabendnachmittag wurde der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in dem würdig geschmückten großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Bundesvorsitzende Gelert begrüßte die Vertreter des Hamburger Senats und der Städte Altona und Wandsbek. Er wies auf die 30jährige Tradition des Bundes hin, in der auch die Beratungen dieses Bundestages geführt werden sollen. Der Vertreter des Hamburger Senats, Genosse Dr. Brebl, überbrachte die Grüße der drei Schwesterstädte und überreichte als sichtbares Zeichen der Anerkennung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung einen Betrag von 3000 M für die Bundesbude in Leipzig. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sprach Genosse Ludwig, der die Verbundenheit zwischen der politischen Partei- und der Arbeiter-Sportbewegung betonte. Auch die Kommunisten ließen den Bundestag begrüßen, für den KPD. sprach die Genossin Heine, für die Zentralkommission der Arbeiter-Sport- und Körperpflege Fritz Wildung. Grüße der tschechischen Arbeitersportler, der deutschen Arbeitersportler der Tschechoslowakei, des Zentralen Arbeitergesangbundes, der Hamburger Sozialdemokraten und des Hamburger Sportkartells schlossen sich an. Nachdem der Bundesvorsitzende der Toten des Bundes gedacht hatte, wurde die vorgeschlagene Geschäftsordnung genehmigt. Als Vorsitzende des Bundestages wurden Genosse Deutsch und Jahn (Bremen) gewählt. Nach der Wahl der Schriftführer und Einsetzung der verschiedenen Ausschüsse wurden die eigentlichen Verhandlungen auf Sonntagvormittag 7 Uhr vertagt. Im gleichen Saal fand dann eine Begrüßungsfeier statt, die von hoher proletarischer Kulturgenate. Neben den musikalischen Darbietungen wurden besonders beifällig die Leistungen des Sprechchors des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs aufgenommen.

2. Kreis (ATSB.), 6. Bezirk

Fußball

Städtespiel Halle—Erfurt 4 : 3.

Am gestrigen Sonntag hatte der hiesige Bezirk die Erfurter Städte-Elf nach hier verpflichtet. Vor ungefähr 700 Zuschauern im Stadion zeigten beide Mannschaften ein gefälliges Spiel, wobei Halle fast die ganze Spielzeit ein kleines Plus für sich hatte. Erfurt entäuschte angenehm. Nach Halbzeit sah man von E. etwas bessere Leistungen. Beide Mannschaften legten eine sehr faire und auffallend ruhige Spielweise an den Tag. Der Schiedsrichter konnte mit einigen Ausnahmen gefallen. Das Spiel litt stark unter dem sehr stürmischen Wind, so daß manch auf eingeleiteter Angriff hüben wie drüben dem starken Wind zum Opfer fiel. Daher erklärt sich auch das hohe Eckenverhältnis. Zum Spielverlauf selbst: Halle hatte Anstoß und Wind und Sonne im Rücken. In der zweiten Minute verwirkte Erfurt eine Ecke, welche aber für Halle nichts einbrachte. In der 11. Minute konnte der Halbrechte von Halle durch wunderbaren Flachschuß in Führung gehen. Drei Minuten später erzwang sich Halle eine Ecke, welche aber nichts mehr wurde. In der 20. Minute brachte Halles Mittelstürmer Tor Nr. 2 an und zwei Minuten später konnte der Halblinke von Halle durch scharfen Schuß das Resultat auf 3:0 stellen. Für Erfurt wurde dies etwas zuviel und es erzielte in der 33. Minute eine Ecke, welche zum Tor verwandelt wurde. Im Zeitraum von 6 Minuten konnte Halle sowie Erfurt je zwei weitere Ecken erzielen, welche aber nichts Zählbares einbrachten. Halbzeit 3:1 für Halle. Nach Halbzeit spielte Erfurt mit dem Wind und drückte gewaltig, so daß Halles Hintermannschaft schwere Arbeit bekam. In der 49. Minute Ecke für Halle, welche gut von Erfurts Torwart abgewehrt wurde. Erfurt drückte weiter, erzielte in der 56. und 57. Minute eine Ecke und war glücklicher als Halle, wodurch es zum zweiten Tor kam. Nunmehr machte sich Halle wieder frei und konnte in der 68. und 70. Minute zwei Ecken schießen, welche aber am Resultat nichts mehr änderten. Ein gegebener Elfmeter für Halle in der 75. Minute wurde in sportlicher Manier verschossen. Drei Minuten später stellte Halle durch Prachtschuß das Resultat auf 4:2. In der 84. Minute erfolgte für Erfurt noch eine torlose Ecke. Nach schönem Durchspiel stellte alsdann Erfurt zwei Minuten vor Schluß durch ihren Halbrechten das Resultat auf 4:3. Alles glaubte an ein Unentschieden, aber die Zeit reichte nicht mehr aus und nach kurzem Hin und Her ertönte der Schlußpfiff. Halle verließ mit 4:3 als Sieger den Platz. In Erfurt war vor etlichen Wochen Erfurt mit 2:1 Sieger, so daß dem Resultate entsprechend beide Mannschaften gleich spielstark anzusprechen sind. Eckenverhältnis 8:5 für Halle.

Weitere Ergebnisse vom Sonntag.

Wörmlitz I — Teutonia I 1:2.
Wörmlitz 2. Jgd. — Sportlust 2. Jgd. 1:3.
Wörmlitz 1. Jgd. — Minerva 1. Jgd. 1:1.
Minerva I — Gräfenhainichen I 5:0.
Minerva III — Gräfenhainichen II 8:0.
Minerva II — Wörmlitz II 6:0.
Askania I — Diemitz I 0:3. (Hier war der Schiedsrichter nicht anwesend.)
Askania II — Lettin II 6:0.
Askania Jgd. — Fortuna Jgd. 1:0
ASC. I — Lettin I 8:2.

*

Viktoria I — Eintracht I (Gröbers) 3:2.

Am Freitagabend standen sich beide Mannschaften auf dem Sandanger gegenüber. Beide spielten mit 10 Mann. In der ersten Halbzeit erzielte V. zwei Tore, der zweite Halbzeit erzielen. In der ersten Halbzeit erzielte V. zwei Tore, der zweite Halbzeit erzielen. Im